



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 7
Dienstag, 6. Mai 2008
17:01 - 19:43 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 13.05.08

Vorsitz:	Thomas Hauser	FDP
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	
Stimmenzähler:	Paul Dill Wilhelm Hefti	SVP SP
Anwesend:	Von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und 43 Mitglieder	
Entschuldigt:		
Ganze Sitzung:	Theresia Derksen Bernhard Egli Oliver Mank Daniel Preisig Roland Schöttle Alfred Zollinger	CVP OeBS SVP SVP Parteilos SVP
Anfang der Sitzung:	Josef Eugster	SVP
Schluss der Sitzung:	SR Veronika Heller	Finanzreferentin

BEHANDELTE TRAKTANDEN

1	VdSR Weiterentwicklung und Konsolidierung der Quartier- und Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen	Seite 207
2	Postulat Peter Neukomm (SP): Städtische Investitionen in Photovoltaikanlagen	Seite 222
3	Postulat Christoph Lenz (AL): Ersetzung der Gaslaternen durch CO2-emissionsarme Beleuchtung	Seite 224
4	Interpellation Walter Hotz (FDP): Massnahmen und zukünftige Wirtschaftspolitik der Stadt Schaffhausen nach Wegfall Lex Bonny (Bonny-Beschluss)	Seite 229

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

11.04.07	SPK Parlamentsreform – Überwiesene Motion Peter Neukomm (SP): Aufwertung der Parlamentsarbeit	SPK
18.09.07	VdSR Gestaltung Freier Platz (<i>Rückweisung in die SPK 04.03.08</i>)	SPK
18.09.07	VdSR Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA 2017 und Genehmigung Rahmenkredit (gemäss Stadtrat sistiert mit Datum 21.11.07)	SPK
16.10.07	VdSR Verordnung über das Dienstverhältnis und die berufliche Vorsorge des Stadtrates	SPK
14.01.08	VdSR Schulraumplanung 2008-2017	SPK
12.02.08	Postulat Daniel Preisig (JSVP): Krippensubvention: Schluss mit der Diskriminierung der klassischen Familie!	
12.02.08	Motion Urs Tanner (SP): Ökologische Revision der Rahmentarife für Strom	
19.02.08	Postulat Dr. Raphaël Rohner (FDP): Schaffhauser Busbetriebe aus einer Hand	
01.03.08	Interpellation Peter Möller (SP): Verselbständigung KSD; Einbezug des Parlamentes in den Prozess	
11.03.08	Postulat Walter Hotz (FDP): Ausbau des öffentlichen Verkehrs der VBSH (Verkehrsbetriebe der Stadt Schaffhausen)	
08.03.08	VdSR Preismassnahmen 2009 im Tarifverbund Schaffhausen und bei den Verkehrsbetrieben Schaffhausen	SPK
12./18.03.08	VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen – Strukturreform Stadtschulrat	SPK
01.04.08	VdSR Bericht über die hängigen Motionen	GPk
08.04.08	VdSR Baurecht „Unterstadt/Untergries“ GB Nr. 844 auf GB Nr. 821, Flächenaufteilung in 2 Baurechte	GPk
08.04.08	VdSR Abgabe der Liegenschaft Lindliweg 25 im Baurecht	GPk
09.04.08	Rechnung 2007 der Einwohnergemeinde Schaffhausen	GPk
29.04.08	VdSR Neuregelung der Zuständigkeiten in der Betreuung Abhängiger und in der Suchtberatung	SPK

2008 Kleine Anfragen:

4	Walter Hotz (FDP)	Kulturmanagement/Skulptur „IVS Kernstück Schauweckerwiese“	
7	Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)	Solarbus/Das Ei des Kolumbus im Trolleybusstreit?	26.02.08
8	Dr. Raphaël Rohner (FDP)	Bauland für gehobene Ansprüche – ein seit mehr als zwei Jahren nicht erfüllter Auftrag	01.04.08
9	Dr. Raphaël Rohner (FDP)	Kostenexplosion in der Langzeitpflege – Auswirkungen für die Stadt Schaffhausen	29.04.08

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 **VdSR Weiterentwicklung und Konsolidierung der Quartier- und Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen**

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 4. Dezember 2007 mit **38 : 4 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 4. Dezember 2007 zur Weiterentwicklung und Konsolidierung der Quartier- und Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen.
2. Der Grosse Stadtrat bewilligt die für die Weiterentwicklung und Konsolidierung der Quartier- und Jugendarbeit benötigten Stellen gemäss Anhang mit total 700 Stellenprozenten.

Davon entfallen:
 - 80% auf die Abteilungsleitung
 - 220% auf die Quartierarbeit
 - 400% auf die Jugendarbeit mit ihren Teilprodukten Jugendarbeit, Jugendkaffee und Interventionsgruppe
3. Der Grosse Stadtrat bewilligt die Aufnahme eines 90%-Pensums im Lohnband 9 zusätzlich zum ordentlichen Stellenplan (in den 700% enthalten).
4. Der Grosse Stadtrat nimmt davon Kenntnis, dass die notwendigen Kosten für die Quartier- und Jugendarbeit mit Ausnahme des neuen Elementes „Interventionsgruppe“ im Budget 2008 enthalten sind.
5. Der Grosse Stadtrat bewilligt die Besoldungskosten für die neuen 50% Stellen in der Interventionsgruppe von Fr. 25'000.-- ab Juli 2008 zu Lasten Finanzstelle 5483.
6. Der Grosse Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die Fachhochschule St. Gallen mit der Begleitung des Konsolidierungsprozesses beauftragt wird.
7. Die Motion Rolf Amstad „Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen“ wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 2 **Postulat Peter Neukomm (SP): Städtische Investitionen in Photovoltaikanlagen**

Die Motion wird vom Motionär Peter Neukomm (SP) mit wenigen Worten begründet und von Stadtpräsident Marcel Wenger beantwortet. Der Rat verzichtet auf eine Diskussion.

Der Grosse Stadtrat erklärt die Motion mit **38 : 0 Stimmen** erheblich.

Traktandum 3 Postulat Christoph Lenz (AL): Ersetzung der Gaslaternen durch CO2-emissionsarme Beleuchtung

Das Postulat wird von Christoph Lenz (AL) begründet, von Stadtpräsident Marcel Wenger beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat mit **22 : 14 Stimmen** nicht erheblich.

Traktandum 4 Interpellation Walter Hotz (FDP): Massnahmen und zukünftige Wirtschaftspolitik der Stadt Schaffhausen nach Wegfall der Lex Bonny (Bonny-Beschluss)

Die Interpellation wird von Walter Hotz (FDP) begründet und von Stadtpräsident Marcel Wenger beantwortet. Der Rat verzichtet auf eine Diskussion.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Thomas Hauser (FDP)**, eröffnet die Ratssitzung Nr. 7 mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, der Frau Stadträtin, des Herrn Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der Medien sowie der Gäste auf der Tribüne.

Der **Ratspräsident** wünscht Hanna Meister (SP) viel Erfolg für ihre Ratstätigkeit. Somit ist die Schule Buchthalen mit drei Lehrkräften im Grossen Stadtrat vertreten.

Mitteilung des Ratspräsidenten:

"Seit der letzten Ratssitzung fanden in Hemmental und in der Stadt Schaffhausen zwei Volksabstimmungen statt; zwei Urnengänge mit dem gleichen Ziel, nämlich der Fusion der beiden Gemeinden. Diese historische Abstimmung hat in der Stadt ein deutliches Ja und in Hemmental eine hauchdünne Ja-Mehrheit erreicht. Ich freue mich, dass die Stimmbevölkerung in unserem Sinn abgestimmt hat und danke ihr dafür. Als glücklicher Bewohner der ehemaligen Gemeinde Buchthalen und dem heutigen Stadtquartier Buchthalen hoffe ich, dass sich die Gemeinde Hemmental zu einem ebenso glücklichen Quartier wie Buchthalen entwickelt, und dies mit den funktionierenden Dorfvereinen. Glücklicherweise werden die letzten Skeptiker in Hemmental wohl etwa heute in einem Jahr sein, wenn die Rechnung betreffend Gemeindesteuern im Briefkasten liegt. In diesem Sinn wünsche ich allen eine gute Umsetzung des Vertrages, ähnlich oder gleich wie Buchthalen und Herblingen es er- und vorlebten. So kann der 27. April 2008 aus Sicht der erwähnten Gemeinden als historisch und nachhaltig in die Geschichtsbücher eingehen. "

Die Ratsmitglieder haben erhalten bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Antwort SR vom 08.04.08 auf Kleine Anfrage 3/2008 Walter Hotz (FDP): Finanzielle Führung der städtischen Verwaltung/Umsetzung der Personalgesetzrevision/Rekrutierung von Personal/Besetzung von Kaderstellen
- Antwort SR vom 15.04.08 auf Kleine Anfrage 5/2008 Urs Tanner (SP): Unterstadtfest 2009/City-Markt 2010 am Rhein auf der Rheinuferstrasse?
- Antwort SR vom 29.04.08 auf Kleine Anfrage 7/2008 Oliver Mank (SVP): Erleichterte Einbürgerung in Schaffhausen - ein Verwaltungsakt ohne Risiko

auf Ablehnung, Teil 2

- Kleine Anfrage Nr. 9/2008 Dr. Raphaël Rohner (FDP) vom 29.04.08: Kostenexplosion in der Langzeitpflege: Auswirkungen für die Stadt Schaffhausen
- VdSR Preismassnahmen 2009 im Tarifverbund Schaffhausen und bei den Verkehrsbetrieben Schaffhausen vom 08.03.08. Das Büro schlägt eine 9er SPK vor, einladende Partei: OeBS/EVP-Fraktion. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- VdSR Abgabe der Liegenschaft Lindliweg 25 im Baurecht vom 08.04.08. Dieses Geschäft wird gemäss Vorschlag des Büros der GPK zur Vorberatung überwiesen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- VdSR Baurecht „Unterstadt/Untergries“, GB Nr. 844 auf GB Nr. 821, Flächenaufteilung in 2 Baurecht vom 08.04.08. Dieses Geschäft wird gemäss Vorschlag des Büros der GPK zur Vorberatung überwiesen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- Rechnung 2007 der Einwohnergemeinde Schaffhausen; die GPK beschäftigt sich bereits intensiv mit der Vorberatung.
- VdSR Neuregelung der Zuständigkeiten in der Betreuung Abhängiger und in der Suchtberatung vom 29.04.08. Dieses Geschäft wird an der nächsten Bürositzung zur Vorberatung zugeteilt.
- Postulat Peter Neukomm (SP) vom 02.04.08: Städtische Investitionen in Photovoltaikanlagen. Dieses Geschäft erscheint bereits auf der Traktandenliste der heutigen Ratssitzung.
- Personalinfo Nr. 1, April 2008
- Programm Tagung „Bildungschancen für alle! Dank Interventionen im Vorschulbereich“ am 21.05.08 (Anmeldeschluss 5. Mai)
- Einladung zur Eröffnungsfeier „Schaffhausen im Fluss“ am Freitag, 30.05.08, (Anmeldeschluss 5. Mai)
- Jahresbericht 2007 des Vereins für Jugendprobleme und Suchtmittelfragen
- Persönliches Couvert mit der Stellungnahme des Stadtrates zum Entwurf vom 27. März 2008 nach der 1. Lesung der SPK bezüglich revidierte Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates vom 22.04.08
- Liste der Prominentenstafette des GrSR für das Breite Radkriterium vom 15.06.08

PROTOKOLL

Das Protokoll Nr. 6 vom 01.04.08 wurde vom Büro geprüft und auf dem Zirkulationsweg am 16.04.08 genehmigt. Es liegt heute bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleischisch zur Einsichtnahme auf. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.

Wortmeldung Peter Neukomm (SP) zu Traktandum 9 (Postulat Peter Neukomm: Städtische Investitionen in Photovoltaikanlagen):

„An unserer letzten Ratssitzung vom 01.04.08 wurde das Postulat „Energienstadt Schaffhausen - vermehrte Nutzung der Photovoltaik“ von Christoph Lenz (AL) und Oliver Mank (SVP) mit 17 : 13 Stimmen abgelehnt. Aus allen Fraktionen wurde dem Anliegen für zusätzliche städtische Investitionen in die Solarenergie grundsätzlich Sympathie entgegengebracht. Dies hat auch die Schaffhauser Nachrichten so gesehen. Zitat: *Grundsätzlich stiess der Vorstoss auf einiges Wohlwollen im Rat. Dass das Postulat mit 17 : 13 Stimmen nicht überwiesen wurde, lag jedoch an der*

Unnachgiebigkeit seiner geistigen Väter. Trotz mehrerer Änderungsanregungen hielten sie am eingereichten Text fest. Und dies obwohl unter anderem darauf hingewiesen wurde, dass der Begriff "städtische Liegenschaften viele Unklarheiten schaffe und ein festgeschriebener Betrag von einer Million Franken nicht zweckdienlich sei.

Auch Stadtpräsident Marcel Wenger signalisierte für den Stadtrat Zustimmung zu einem offeneren Postulatstext. Man war sich über die Parteigrenzen hinweg einig, dass die Stadt vermehrt in die zukunftssträchtige Photovoltaik investieren und von Bundesbern bereitgestellte Subventionen abholen sollte. Dies bedingt aber ein schnelles Handeln; dies haben wir bereits anlässlich der letzten Ratssitzung besprochen. Auch andere Kommunen haben das gemerkt. Am 18.04.08 konnten wir in den Schaffhauser Nachrichten lesen, dass die Gemeinde Thayngen - Energiestadt wie Schaffhausen - entschieden hat, schnell gemeindeeigene Solaranlagen zu bauen, um die Sonnenenergie vermehrt zu nutzen und vom Subventionstopf profitieren zu können.

Es wäre nun wirklich verheerend, wenn trotz breitem Konsens in unserem Rat das negative Signal vom 01.04.08 stehen bleiben würde. Es muss zugunsten der Sache korrigiert werden. Ich habe mit meinem Vorstoss versucht, diesen Konsens, der sich damals in der Debatte herauskristallisierte in einem Postulat zusammenzufassen.

Den Fraktionspräsidenten und dem Ratsbüro habe ich am 05.04.08 mitgeteilt, dass ich angesichts der Debatte in der letzten Ratssitzung auf eine inhaltliche Begründung des Vorstosses verzichten, aber wegen des bestehenden Zeitdrucks bezüglich der Abholung der Bundessubventionen heute den Antrag auf Dringlicherklärung stellen würde. Diesen Antrag stelle ich hiermit und ersuche Sie, das Postulat "Städtische Investitionen in Photovoltaikanlagen" vom 02.04.08 vorzuziehen, das heisst an die zweite Stelle der Traktandenliste zu setzen, und es an den Stadtrat zu überweisen. "

Votum Walter Hotz (FDP):

"Wir sehen dies in unserer Fraktion anders. Peter Neukomm hat das Glück gehabt, dass sein Postulat schon auf der heutigen Traktandenliste steht. Normalerweise wäre es erst heute verkündet und auf die Traktandenliste der nächsten Ratssitzung gesetzt worden. Wir sind in der Fraktion noch nicht so weit, dass wir diesen Vorstoss intern besprochen haben. Wir haben wohl das Postulat von Christoph Lenz und Oliver Mank besprochen, sind aber aufgrund seines Textes und seiner Absicht gar nicht weiter darauf eingegangen. Jetzt müssen wir darüber diskutieren, insbesondere bezüglich Steuersubventionen des Bundes. Wir sehen keinen Grund, dass dieses Geschäft so schnell auf die Position 2 der heutigen Traktandenliste vorrückt. Wir werden den gestellten Antrag somit ablehnen, weil es noch weitere, genauso wichtige Traktanden hat. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat stimmt dem von Peter Neukomm (SP) gestellten Antrag mit **23 : 19 Stimmen** zu. Der als Traktandum 9 aufgeführte Vorstoss wird als Traktandum 2 - wahrscheinlich ohne Diskussion, nur mit einer Abstimmung - behandelt. Stadtpräsident Marcel Wenger signalisiert im Namen des Stadtrates Zustimmung zu diesem Vorgehen.

Traktandum 1 VdSR Weiterentwicklung und Konsolidierung der Quartier- und Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen**Dr. Raphaël Rohner (FDP)****SPK-Bericht**

Die SPK Weiterentwicklung und Konsolidierung der Quartier- und Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen hat am 31. März 2008 die Vorlage des Stadtrates vom 4. Dezember 2007 beraten und beantragt Ihnen mit einem Stimmenverhältnis von 10 Ja, keiner Gegenstimme und einer Enthaltung, Eintreten und Zustimmung zur Vorlage.

Das Wichtigste wäre damit eigentlich schon gesagt, stützen sich doch die Anträge des Stadtrates auf eine kurze, aber sauber formulierte Begründung, die - von einigen kritischen Voten und Fragen sowie von einigen zu klärenden Fragen, die alle befriedigend beantwortet wurden, abgesehen - es der SPK leicht machten, ihnen zu folgen und ihnen zuzustimmen.

Stadtrat Thomas Feurer und Beat Schmocker, Bereichsleiter Soziales, haben es verstanden, mit ihrer Argumentation zu überzeugen und uns von der Notwendigkeit der Weiterführung und Konsolidierung dieser zwar neuen, aber aufgrund der gesellschaftspolitischen Verumständungen auch in der Provinzstadt Stadt Schaffhausen für gewisse Quartiere unumgänglichen Massnahmen zu überzeugen.

Ich bitte Sie, sich kurz zurück zu besinnen an die Entwicklungen der 90er Jahre in den Quartieren Birch und Hochstrasse. Was für Grossstädte bereits seit Jahrzehnten Realität ist, für uns aber in unserer so genannten heilen Welt beinahe unvorstellbar war, ist seinerzeit eingetreten, beziehungsweise manifest geworden: Die bevölkerungsmässig in Bezug auf die soziale und ethnische Herkunft der Einwohnerinnen und Einwohner gut durchmischten und damit tragfähigen Quartiere der Nachkriegszeit hatten sich teilweise heimlich, teilweise aber auch offensichtlich zu Problemquartieren mit hohem Anteil an Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern, mit eben so hohem Anteil an Familien mit Migrationshintergrund und insgesamt aus bildungspolitischer Perspektive betrachtet mit erheblichem Anteil an Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen, schwer integrierbaren Schichten entwickelt.

Die daraus resultierende Besorgnis von Politik und Gesellschaft war seinerzeit Anlass für den Stadtrat und das Stadtparlament, sich mit der Problematik zu befassen mit dem Ziel, nachhaltig Abhilfe zu schaffen. Sie erinnern sich bestimmt auch daran, wie kontrovers die Diskussion in der Öffentlichkeit geführt wurde.

Der vom Stadtrat und vom Bereich Soziales der Stadt Schaffhausen anfangs 2002 gewählte Weg eines pragmatischen Vorgehens, basierend auf einer nicht wissenschaftlich abgehobenen, sondern situationsbezogenen, thematisch klar strukturierten Problemanalyse mit daraus abgeleiteten gezielten, direkt umsetzbaren Massnahmen vor Ort und unter Einbezug der betroffenen Bevölkerung hat zu einer deutlichen Verbesserung der Situation insbesondere im Quartier Birch geführt.

Wer es nicht glaubt, kann sich selbst ein Bild davon machen, indem er oder sie einen Augenschein vor Ort vornimmt: Die Ergebnisse der Quartierarbeit, so wie sie nun seit einigen Jahren stattfindet, sind überzeugend. Sie sind Anlass nicht zur Hoffnung, sondern zur berechtigten Annahme, diese werde auch in den anderen Problemquartieren zu einer deutlichen Verbesserung der Situation führen.

Hervorzuheben gilt es in diesem Zusammenhang auch die stets verfolgte und konsequent umgesetzte Absicht, die betroffene Bevölkerung - insbesondere die Jugendlichen - selbst zu aktivieren und für den Veränderungsprozess zu motivieren. Letzterem ist aus erziehungs- und aus gesellschaftspolitischer Optik grösste Bedeutung zuzumessen; es kann dies nicht genug betont werden. Integration von Jugendlichen und Erwachsenen aus sozialen Randschichten oder aus Familien mit Migrationshintergrund gelingt nur, wenn sie selber einen aktiven Beitrag leisten müssen, wenn sie in die Verantwortung einbezogen werden und wenn sie schliesslich auch effektiv Verantwortung übertragen erhalten.

Das vom Stadtrat gewählte Vorgehen ist ein Lösungsmodell, das effektiv das Prädikat „tragfähig“ verdient. Das Erfolgsmodell fusst gleichsam auf zwei Schienen, die indessen eng miteinander verknüpft sind:

- Staatlich initialisierte und getragene Projekte
- Förderung und Unterstützung der Eigeninitiative

Dies entspricht dem Grundsatz der Subsidiarität des staatlichen Handelns. Hievon soll auch in Zukunft nicht abgewichen werden, was sich auch in dieser Vorlage manifestiert.

Die Akzeptanz der stadträtlichen Vorlage in der SPK ist aufgrund dieser praxisorientierten, punktuell auf Problemzonen, beziehungsweise -quartiere ausgerichteten Vorgehensweise - vor allem aber wegen des erbrachten Erfolgsnachweises - erfreulich gross gewesen.

In der Eintretensdebatte der SPK vom 31. März 2008 wurde kein Antrag auf Nichteintreten gestellt. Die abgegebenen Voten sind grundsätzlich als „zurückhaltend positiv“ bis „vorbehaltlos wohlwollend“ zu beurteilen.

Kritisch hinterfragt wurde das Kosten-Nutzen-Verhältnis: Die stadträtlichen Erläuterungen der konkreten Ergebnisse im Quartier Birch und die Ausführungen zu den nun geplanten weiteren Absichten in den Quartieren Hochstrasse und Herblingen wurden als ausreichende Antwort hingenommen. Vor allem aber das Argument, wonach die Fremdplatzierung eines Jugendlichen nach einer nicht oder unvollständig erfolgten gesellschaftlichen, schulischen und beruflichen Integration jeweils mit monatlichen Kosten für die Stadt in der Höhe von zwischen Fr. 10'000.-- und Fr. 20'000.-- zu liegen kommt, überzeugte schliesslich von der auch aus finanzpolitischer Sicht Sinn machenden Präventions- und Integrationsarbeit, so wie sie von der Stadt durchgeführt wird. Zudem wurde vom Sozialreferenten klar betont, dass man regelmässig die Notwendigkeit der Quartier- und Jugendarbeit überprüft und überall dort, wo sie nicht mehr notwendig ist, von einer Weiterführung absieht.

Die Frage, beziehungsweise die Forderung eines vermehrten Einbezuges von Vereinen - mit dem Argument, dass vor allem auch Ausländerinnen und Ausländer damit besser integriert werden könnten - konnte grundsätzlich positiv beantwortet werden. Hier sind aber auch die Grenzen zu erkennen, die vor allem dort zu sehen sind, wo sich Jugendliche nicht verbindlich über längere Zeit engagieren wollen oder wo Eltern sich bei einer Vereinsmitgliedschaft der Kinder in der Gestaltung ihrer familiären Freizeit eingeengt fühlen. Hier muss aber klar gestellt werden, dass dieses Phänomen bei Angehörigen aller Bevölkerungsschichten festzustellen ist und eine grundsätzliche Veränderung im Freizeitverhalten der Gesellschaft manifestiert, die sich viel stärker als früher an einer individuellen Gestaltung ausrichtet.

Die Frage nach den Kosten des Deutschunterrichts für Eltern konnte ebenfalls befriedigend beantwortet werden: Man erreicht damit, dass Kleinkinder erste Kompetenzen in der deutschen Sprache erwerben und damit eine Grundlage für deren Weiterentwicklung im Kindergarten verfügen; der Einbezug der Mütter ist dabei sehr wichtig, sind diese doch ihre Hauptbezugspersonen, auch bei der Entwicklung der Sprachkompetenzen innerhalb der Familie. Die Kurse werden vom EKA mitfinanziert; von den Müttern wird ein Kostenbeitrag verlangt.

Die Frage nach WG-Möglichkeiten für Jugendliche im heutigen Jugendhaus musste negativ beantwortet werden: Die Investitionen nur schon zur Erfüllung der feuerpolizeilichen Auflagen wären - ebenso wie die jährlich wiederkehrenden Folgekosten für den Betrieb - unverhältnismässig.

Nach der Klärung dieser Fragen wurde wie bereits eingangs erwähnt mit einem Stimmenverhältnis von 10 Ja, keiner Gegenstimme und einer Enthaltung Eintreten auf die Vorlage beschlossen.

In der Detailberatung ergänzten Stadtrat Thomas Feurer und Bereichsleiter Beat Schmocker die Erläuterungen zu den einzelnen Kapiteln in der Vorlage.

Wiederum kam in grundsätzlicher Hinsicht zum Ausdruck, dass

- pragmatische Lösungsansätze zu tragfähigen Ergebnissen geführt haben,
- Flexibilität in jedem Zeitpunkt sichergestellt ist, auch was die zukünftig geplanten Aktivitäten betrifft,
- dem Sonderaspekt Altstadt im Projekt Centro ein besonderes Augenmerk gewidmet worden ist,
- die so genannte Produktpalette keine Angebote, die nur wünschbar sind, beinhaltet, sondern nur solche, die einem effektiven Bedarf entsprechen.

Zu den einzelnen Kapiteln der Vorlage wurde im Wesentlichen noch folgendes thematisiert und diskutiert:

- Zur Ausgangslage: Der bereits erwähnte Aspekt der Eigenverantwortlichkeit wurde noch einmal aufgenommen. Einem Wunsch seitens eines Kommissionsmitgliedes, ehrenamtliche Tätigkeiten mit einem Beitrag an die Infrastruktur zu unterstützen, wurde keine Folge geleistet.
- Zu den Eckdaten aus dem Bericht der Fachhochschule (FH): Diese wurden zur Kenntnis genommen, ohne näher darauf einzutreten, was aufgrund der ausführlichen Eintretensdebatte nicht anders zu erwarten war.
- Zu den daraus resultierenden Produkten: Es wurden nur Einzelaspekte aufgenommen. So wurde die Frage, ob der Jugendbeauftragte organisatorisch am richtigen Ort angesiedelt sei oder ob er nicht näher bei der Basis zu platzieren wäre, als noch offen und erst bei der Umsetzung des Jugendleitbildes definitiv entscheidbar beantwortet. Auf jeden Fall sollte er in der kantonalen Jugendkommission Einsitz nehmen können.

Die Frage nach der Finanzierung der Arbeit der Fachhochschule St. Gallen konnte dahingehend beantwortet werden, dass es sich um budgetierte Mandatskosten handle; das Mandat sei im Übrigen abgeschlossen.

Die erneut aufgeworfene Frage nach der Finanzierung der Deutschkurse fand eine definitive Klärung mit der Präzisierung, dass nur Kinder im Vorschulalter und deren Eltern Adressaten dieses Angebotes seien. Somit bestehe keine Doppelspurigkeit mit schulischen Angeboten. Die Möglichkeiten der Drittmittel-Abholung beim Bund (Ausländergesetz) würden ausgeschöpft. Betont wurde einmal mehr, dass auch dieses Angebot - wie alle anderen - bei fehlendem Bedarf gestrichen wird.

So konnten denn die Anträge des Stadtrates beraten werden. Dabei ist zu beachten, dass das vorliegende Konzept eigentlich weitgehend mit den vorhandenen finanziellen Mitteln und personellen Ressourcen umgesetzt werden könnte.

Obschon eigentlich nur die Bewilligung der zusätzlichen 90 Stellenprozente und die in diesem Jahr anfallenden zusätzlichen Besoldungskosten (6 Monate) für die neuen 50 Stellenprozente in der Interventionsgruppe in den Zuständigkeitsbereich des Grossen Stadtrates fallen würden, hat sich der Stadtrat richtigerweise dafür entschieden, dieses für die Stadtentwicklung wichtige Projekt dem Grossen Stadtrat als Gesamtpaket noch einmal vorzulegen. Es geht hier nicht zuletzt auch um die politische Rückendeckung in einem hoch sensiblen Bereich.

Auch die Ergebnisse der wissenschaftliche Begleitung und Auswertung durch die Fachhochschule für Soziale Arbeit St. Gallen gleich wie die Diplomarbeit von Ratskollege Simon Stocker (mit Kathrin Aklin als Co-Autorin) zur evidenzbasierten Jugendgewaltprävention zeigen, dass der von der Stadt Schaffhausen gewählte Weg der richtige ist. Diesen gilt es nun weiter zu beschreiten.

Die Spezialkommission beantragt Ihnen daher wiederum mit einem Stimmenverhältnis von 10 Ja, keiner Gegenstimme und einer Enthaltung Zustimmung zur Vorlage.

Stadtrat Thomas Feurer, Bereichsleiter Beat Schmocker mit seinen für die Quartier- und Jugendarbeit verantwortlichen Mitarbeitenden sei an dieser Stelle im Namen der SPK bestens für ihre Arbeit und ihr Engagement gedankt. Ein Dankeschön gebührt aber auch Marlies Stöckli für ihre speditive Protokollarbeit.

Ich erlaube mir nun auch noch, die Fraktionsstellungnahme der FDP/jfsh bekannt zu geben: Unsere Fraktion wird eintreten und zustimmen. “

Paul Dill (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”Die Quartierarbeit ist zu einem zentralen Ansatzpunkt für eine bessere Quartierentwicklung geworden. Aus der Vorlage des Stadtrates vom 4. Dezember 2007 kann entnommen werden, dass der Wohnungsleerbestand und die Fluktuationen im Birch verringert werden konnten. Der Bericht sagt jedoch nicht aus, was für Bewohner in die leeren Wohnungen eingezogen sind. Wenn es sich dabei um Bewohner handelt die eine „Soziale Integration“ beanspruchen, können wir nicht unbedingt von einer Besserung sprechen.

Wir haben die Vorlage in unserer Fraktion besprochen und sind dabei nicht zu einem einheitlichen Beschluss gekommen. Grundsätzlich haben wir nichts gegen die Quartierarbeit. Es stellt sich einfach die Frage, ob man mit diesem Vorgehen – es kostet uns jährlich rund Fr. 770'000.-- - den gewünschten Erfolg erzielt.

Integration setzt voraus, dass die betroffenen Gruppierungen gewillt sind, sich

unseren Gegebenheiten anzupassen. Wenn diese Voraussetzung nicht gegeben ist, können wir mit der Quartier- und Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen den gewünschten Erfolg nicht erreichen.

Wie bereits erwähnt, wird nur ein Teil der SVP/JSVP/EDU-Fraktion der Vorlage zustimmen. “

Michael Gurrath (SP)**SP/AL-Fraktionserklärung**

”Mein Vorredner Raphaël Rohner hat diese Vorlage im Detail erläutert. Ich habe mir die Mühe gemacht, einige Punkte zu notieren.

In der SP/AL-Fraktion ist die Vorlage unbestritten, und wir werden unsere einstimmige Zustimmung abgeben. Wichtig bei dieser Vorlage erscheint mir, dass die seit 2002 wirkende Quartiersarbeit wirkungs- und sinnvoll ist, was durch die begleitende Arbeit der Fachhochschule und aufgrund der Rückmeldungen der Bewohnerinnen und Bewohnern bewiesen wurde. Es ist nicht nur eine Massnahme, sondern eine Vielfalt von Massnahmen, die hier wirksam werden. Entscheidend für uns ist, dass das Netzwerk funktioniert und die Integration auf verschiedenen Ebenen läuft. Dies sollte auch in Zukunft so weitergeführt werden.

Ebenso wichtig erscheint uns, dass nicht nur einzelne Quartiere profitieren, die jetzt einen Bedarf an Quartierarbeit aufweisen, sondern dass auch andere Quartiere, die sich mit Problemen konfrontiert sehen, in Zukunft profitieren können. Die Integration ist unserer Fraktion sehr wichtig. Wir weisen darauf hin, dass der Einbezug der Bürger in die professionelle Quartierarbeit eine Integration fördert und aus volkswirtschaftlicher Sicht auch Sinn macht. Fremdplatzierungen von Jugendlichen, die nicht aufgefangen werden, kosten viel mehr, wie wenn wir heute weit weniger Geld in die Quartierarbeit investieren.

Wir unterstützen deshalb diese Vorlage und hoffen auf eine breite Zustimmung im Rat. “

Lotti Winzeler (OeBS)**OeBS/EVP-Fraktionserklärung**

”Die OeBS/EVP Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und den Anträgen zustimmen. Der pragmatische Ansatz der Quartier- und Jugendarbeit der letzten sechs Jahren hat sich bewährt. Durch gezielte Quartiersarbeit konnte die Situation im Birch nachhaltig verbessert werden - dies wurde heute Abend auch bereits von verschiedenen Rednern erwähnt - und der Birchtreff funktioniert in Eigenregie. Hier ist ein Ziel erreicht worden. Die Lebensqualität vor Ort und das Gefühl einer Gemeinschaft konnte gefördert werden. Auch die Quartiersentwicklung an der Hochstrasse ist auf gutem Weg.

Die neuen Strukturen der Abteilung Quartier- und Jugendarbeit machen Sinn, obwohl Auswirkungen der Integration des Trägervereins für Jugendarbeit in Schaffhausen (tjs) in die städtische Verwaltung zu personellen Mutationen führten. Ich wünsche dem neu zusammengesetzten Team viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

Raphael Rohner möchte ich für die effiziente und kompetente Leitung der SPK und die minutiöse Berichterstattung heute Abend danken. Ein weiterer Dank geht an den Stadtrat Thomas Feurer und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Quartier- und Jugendarbeit für ihr grosses Engagement und ihre bis anhin erreichten

Ziele. “

Gertrud Distel (CVP)

Votum

”Die CVP steht voll und ganz hinter der Vorlage des Stadtrates. Wir haben anhand der Bemühungen im Quartier Birch gesehen, dass das der richtige Weg ist und wir diese Ergebnisse auch in die anderen Quartiere einbringen müssen. Dazu braucht es mehr Sozialarbeiter, also mehr Stellenprozente und mehr Geld.

Der Freiraum der Jugendlichen wird immer mehr eingeschränkt. Es ist müssig jetzt mehr darauf einzugehen und von guten alten Zeiten zu schwärmen. Fakt ist, wir wollen, dass die Jugendlichen sich in ihren Quartieren wohl fühlen und genügend Freizeitaktivitäten zur Verfügung haben.

Wir möchten den Stadtrat ermutigen, die Quartier- und Jugendarbeit konsequent weiter zu führen, ist es doch zum Wohle unserer Jugend, die der CVP sehr am Herzen liegt. “

SR Thomas Feurer

Stellungnahme

”Die Vorlage und die Arbeit der Mitarbeitenden wurde heute Abend mehrheitlich mit Wohlwollen entgegen genommen. Ich danke speziell dem SPK-Präsidenten für die kompetente Führung und den SPK-Mitgliedern für die auf einem hohen Niveau geführte Diskussion, in der sämtliche Problempunkte angesprochen werden konnten.

An dieser Stelle möchte ich aus unserem behaglichen Ratssaal einen kurzen Blick auf Quartiere werfen, die Sie vielleicht nicht so gut kennen. Es hat wenige Leute in diesem Saal, die im Birch wohnen. Ich hoffe, dass damit gewisse Zweifel, die von Paul Dill erwähnt wurden, anders fokussiert werden können.

Es ist nicht so, dass das arbeitslose Sozialreferat auf der Suche nach Arbeit in der Stadt umher irrt. Wir mussten uns um ein Problem kümmern und haben das Gefühl, mit relativ bescheidenen Mitteln ein für alle Beteiligten - und dies sind nicht nur die Bewohnerinnen und Bewohner - gutes Resultat erreicht zu haben.

Die Zuwanderungsquote in Schaffhausen - wie von Paul Dill bereits erwähnt - war bis in die frühen Zweitausenderjahre dramatisch, wir hatten die höchste Quote aller vergleichbaren Städte. Die grossen Liegenschaftenverwalter haben in Schaffhausen mit Lockvogelangeboten wie zum Beispiel "Gratis Wohnen für drei bis sechs Monate" Leute angezogen, die sofort auf der Payroll der Sozialhilfe erschienen. Dies war eine sehr unangenehme Ausgangslage. Mit viel Getöse haben wir das Gespräch mit diesen Liegenschaftenverwaltungen gesucht, was sogar in den Medien hohe Wellen geworfen hatte.

Diese Situation stellte die Ausgangssituation für unsere Intervention im Birch dar. Es häuften sich ebenfalls unzählige Reklamationen von Busbenützern, Schulen, Nachbarn und Verwaltungen (Logis Suisse) aus dem Birch, etwas weniger aus der Hochstrasse und den Quartieren Neutal und Herblingen, die mit der damaligen Situation nicht mehr zufrieden waren.

Der subjektive Titel der Reklamationen hiess Lärm, Schmutz, unordentliche Verhältnisse, aber auch Brandfälle und viel Nichtwissen unsererseits. Wir haben in diesen Quartieren die Vermieter mit ihrer Vermietungspraxis konfrontiert und im Birch

in Zusammenarbeit mit dem grössten Vermieter Logis Suisse, Monika Wirz, dem Bundesamt für Wohnungswesen (BWO), der Stadt und andern Partnern ein Pilotprojekt gestartet. Wir standen von Anfang an unter Beobachtung von Bundesbern, das diesem Pilotprojekt viel Bedeutung zumass, weil eine solche Interventionspraxis bisher in der Schweiz noch nie zur Anwendung gekommen war.

Es entstanden hohe Erwartungen und eine grosse Dynamik. Wir mussten lernen, dass es keine Patentrezepte gab - und immer noch keine gibt - um eine möglichst schnelle Veränderung der Situation zu erreichen.

Relativ schnell hat sich jedoch herauskristallisiert, dass vor allem Kinder, Jugendliche und Mütter eine bessere Beachtung finden mussten. Wichtige Schwerpunkte der Projekte wurden vor allem Angebote für Kinder, Jugendliche und Mütter und die daraus erworbene Erfahrung war auch Grundstein für die Zusammenlegung der Jugend- und Quartierarbeit. Im Birch fiel dem Besucher sofort ein grosses Potenzial auf - neben den von mir erwähnten, eher negativen Punkten - es "wuselte" von Kindern zwischen einem und ungefähr fünfzehn Jahren, so viele habe ich noch nie in einem Quartier angetroffen; sie waren auf der Strasse oder wussten oft nicht, was sie tun sollten.

In der Zwischenzeit haben wir eine Zusammenarbeit aufgebaut, wo gemeinsam Fussball- oder Theaterprojekte gestaltet werden. Dies merkte man nach wenigen Jahren schon im Kindergarten und in der Schule. Es war eine absolute erfolgreiche und gute Investition in die Zukunft dieser Jugendlichen.

Wenn wir nach drei Jahren im Birch und an der Hochstrasse Bilanz ziehen, sehen wir, dass der Birchtreff in Eigenregie funktioniert und mit den unterschiedlichsten Aktivitäten ausgelastet ist. Wir konnten ausserdem die Liegenschaftenbesitzer mit einem Fünfliber pro Wohnung und Monat einbeziehen und eine Beteiligung an den Kosten der Stadt erreichen. Es wurde nicht nur eine Bestellung in Auftrag gegeben, sondern es entstand eine Beteiligung im ureigenen Interesse.

Die Liegenschaftsverwaltungen gaben ihre flächendeckenden Lockvogelangebote auf, daraus entstand ein grosser Rückgang der Sozialhilfe-Zuwanderung, der aufgrund der Statistik klar ersichtlich ist. Logis Suisse investiert aufgrund des rückläufigen Leerbestandes momentan Fr. 3 bis 5 Mio. im Birch und die Fluktuationen haben sich massiv verringert. Wie von Raphaël Rohner erwähnt, haben wir im Birch eine Begegnungszone mit von der Stadtgärtnerei gepflanzten Bäumen; es herrscht ein völlig anderes Erscheinungsbild gegenüber früher. Die Bewohnerinnen und Bewohner haben selbst Freude daran.

Was wir allerdings klar nicht erreicht haben, ist eine verbesserte Durchmischung. Das Quartier Birch ist weiterhin "das" Ausländerquartier in Schaffhausen; wahrscheinlich müssen wir einfach dazu stehen, so etwas gibt es auch in anderen Städten. Sofern alles gut funktioniert, hat es durchaus auch seine Berechtigung.

Wie funktioniert aber eine Übertragung der Erfahrung auf andere Quartiere? Es ist nicht so, dass das Sozialreferat diese Arbeit sucht, es erfolgten Hilferufe aus den Quartiervereinen Hochstrasse/Geissberg und Herblingen, was auch schon verschiedentlich in den Medien thematisiert wurde.

Es bestehen partiell ähnliche Segregationen wie im Birch, hauptsächlich aufgrund der Massierung von grossen Wohnblocks mit kleinen Wohnungen, welche keine gute

Voraussetzung für eine Durchmischung schaffen. Trotzdem können wir die im Birch gesammelten Erfahrungen nicht direkt auf andere Problemquartiere wie zum Beispiel in der Hochstrasse übertragen. Die Bewohnerinnen und Bewohner des grössten Quartiers in Schaffhausen mit über 7'000 Einwohnern (davon 42% Ausländer, aber mit einer anderen Durchmischung) haben nicht die gleichen Bedürfnisse wie im Birch. Bis vor kurzem bestand in der Hochstrasse auch noch eine funktionierende Versorgung mit Migros, Coop und einer eigenen Post. Die Entwicklung der Post und der Grossverteiler lief uns diametral entgegen, das Quartier wurde sozusagen sang- und klanglos verlassen und man ging stillschweigend davon aus, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner den Bus nehmen, den es direkt gar nicht gibt, oder ins Auto steigen, um in Herblingen ihre täglichen Einkäufe zu tätigen.

Das ist eine Entwicklung, der wir absolut hilflos ausgeliefert sind. Ich erwähne dies heute Abend absichtlich auch mit Blick auf die Presse. Das Verhalten der Grossverteiler und ihr Umgang mit den Anliegen der Bevölkerung ist schlicht unverantwortlich; es trifft vor allem auch die älteren Leute, die keine Möglichkeit haben, in einem Einkaufszentrum einzukaufen.

Im Jahr 2006/2007 fand die Auflösung des Trägervereins für Jugendarbeit "tjs" statt. Wir haben aus diesem Faktum die beiden Abteilungen zusammengeschweisst und gesehen, dass die Aktivitäten des tjs vor allem in der Altstadt (Jugendhaus und Jugendkeller) einem neuen Pflichtenheft zuzuordnen sind. Im Jugendhaus herrschten schlechte Infrastrukturvoraussetzungen, und es wurde nur noch von einer kleinen bestimmten Gruppe frequentiert. Dies führte zur Schliessung des Jugendhauses. Heute hätten wir es aus feuerpolizeilichen Gründen schliessen müssen. Die Aktivitäten wurden auf die Strasse verlagert, wo sich die Jugendlichen aufhalten. Das Jugendhaus wird durch den Verein Chäller erneut reaktiviert, welcher ein zusätzliches Angebot geschaffen hat, das sich an jüngere Leute wendet.

Auf der anderen Seite ist es klar, dass wir uns durch die Präsenz in den Quartieren an Junge und Jugendliche wenden, damit sich diese nicht bereits mit 12 oder 13 Jahren auf den Abenteuerspielplatz Altstadt begeben, sondern sich so lange wie möglich in den Quartieren aufhalten und damit eine Entlastung der Altstadt entsteht, die auch dazu führt, dass die Konfrontation mit Alkohol etwas herausgezögert werden kann. Man kann noch nicht von einem Erfolg sprechen, aber von einem guten Ansatz.

Wir legen Ihnen heute ein Paket vor, das in einer Gesamtshow eingebettet ist und durchaus mit einem relativ kleinen Aufwand eine grosse Wirkung erreichen wird.

In den Quartieren Herblingen und Neutal ist geplant, die Situation noch besser auszuleuchten, ebenso in den Schulhäusern Kreuzgut/Hohberg, wo immer wieder Reklamationen eingehen. Wir haben überall sehr gute Vernetzungen mit den Quartiervereinen, den Kirchen und Jugendverbänden erreicht. Es haben sich Leute kennen gelernt, die parallel fast gleich gelagerte Aktivitäten angeboten haben. Heute bündeln sie ihre Kräfte gemeinsam, was sicherlich zu einer Verbesserung der Gesamtsituation führen wird.

Ich kann meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur beglückwünschen, wie sie völlig auf sich gestellt in den Quartieren Kontakte knüpfen und auf pragmatische und flexible Weise immer wieder die richtigen Projekte lancieren, je nach Bedürfnissen der Jugendlichen, die immer wieder anders aussehen; zum Beispiel die BMX-Bahn in Herblingen, die Winterhalle oder jetzt wieder Sommerprojekte.

In der Stadt möchten wir das Jugendhaus definitiv zurückgeben und anderen Verwendungszwecken zuführen. In einer Nachbarliegenschaft, wo im Parterre grosse Räumlichkeiten frei werden, möchten wir uns einmieten und zugleich im Keller Bands den dringend benötigten Platz zur Verfügung stellen. Damit wird die Basis für die Interventionsgruppe geschaffen, die vor Ort je nach "Brandherd" eingreifen kann.

Wir möchten ein flexibles und kein flächendeckendes Instrument schaffen. Viele Quartiere und Gegenden in Schaffhausen funktionieren bestens, und wir möchten nicht mit negativen Vorzeichen Instrumente ins Leben rufen, die gar nicht benötigt werden. Wir möchten aber auch integrationspolitische Zielsetzungen, die heute vom Bund vorgegeben sind, erfüllen und ganz konkret mit der Vorlage eine *Konsolidierung* bezüglich der Projekte und der Kontierungen (siehe Rechnung 2007, wo die Themen der Jugend- und Quartierarbeit auf verschiedene Konten verteilt wurden) erreichen, während zuvor aufgrund des ganz anderen Gesamtverfahrens verschiedenste Gefässe und Konten geschaffen wurden, die nun endgültig konsolidiert werden.

In der synoptischen Darstellung haben Sie einen Budgetvergleich 07 und 08 mit den unterschiedlichen Pensen und finanziellen Auswirkungen erhalten. Ich kann Ihnen versichern, dass wir nicht versuchen, einen Ballon aufzublasen. Wir versuchen, mit möglichst wirksamen, aber nötigen Mitteln unser Ziel zu erreichen und würden jederzeit aufhören, wenn unser Einsatz keinen Nutzen mehr zeigt. Dies wäre sicherlich das schönste Kompliment an unsere Arbeit.

Fazit:

Wir sind in Schaffhausen im Vergleich mit anderen Städten - und wie Raphaël Rohner ebenfalls bereits ausführte - gut gestellt und nutzen die kurzen Wege. In unseren Interventionsgebieten sind Verbesserungen deutlich erkennbar. Jugend- und Quartierarbeit ist Prävention in Reinkultur – die Früchte ernten wir später; die positiven Auswirkungen können nicht unbedingt sofort in Franken ausgewiesen werden. Wer auf jeden Fall gewinnt, ist die Logis Suisse und andere grosse Vermieter. Da sind wir allerdings weiterhin gefordert, um eine investitionsfreundliche Situation zu schaffen.

Der Kanton hat sofort realisiert, dass diese Arbeit wichtig und richtig ist, die Leistungsvereinbarung konnte eins zu eins übernommen werden und wird auch so fortgesetzt. Ich bin dem Kanton für das Vertrauen und das Mitwirken sehr dankbar.

Gleichzeitig war es immer so, dass das Parlament diesen Vorschlägen gefolgt ist, so wie heute anlässlich der Debatte erkennbar wurde. Ich bedanke mich bei Allen, die mitgemacht haben und hoffe auf ein ermutigendes Resultat für unsere Weiterarbeit. "

Alfred Tappolet (SVP)

Votum

"Das Votum von SR Thomas Feurer hat mich ans Rednerpult gelockt, und zwar bezüglich Lockvogelangebote der Liegenschaftsverwaltungen. Es erstaunt mich, dass diese auch am Ende seiner Ausführungen als grosse Profiteure dieser Vorlage hervorgehen. Ich kann dies nicht nachvollziehen. Wenn die Verwaltungen nur Fr. 5.-- pro Wohnung an diese Kosten beitragen, so kann dies wohl kaum der Grund für gemeinsame Gespräche sein.

Mir ist bekannt, dass in anderen Städten - und dies ist auch gleichzeitig meine Frage

an SR Thomas Feurer - von Seiten der Sozialämter zur Unterbindung des Sozialtourismus nur die Hälfte der Wohnungskosten in Sozialfällen bezahlt wird und den Rest schulden die Mieter den Verwaltungen. So werden die Wohnungen sehr schnell renoviert und einem anderen Klientel zugeführt, und damit findet eine Durchmischung statt.

Wer eine billige Wohnung mieten will, kann dies auch auf dem Land, zum Beispiel in Buch oder Osterfingen, tun. Es müssen nicht alle billigen Wohnungen in der Stadt Schaffhausen vermietet werden. Die Leute müssen nicht verdrängt, sondern verteilt und anderen Gemeinden zugeführt werden. Wenn die Stadt Schaffhausen für die gesamten Mietkosten gegenüber den Liegenschaftenverwaltungen aufkommt, ist es ein sehr schöner Ort, um Wohnungen nicht zu renovieren, und wir haben dann alle diese Leute in der Stadt Schaffhausen. Aber vielleicht ist es gar nicht so und SR Thomas Feurer kann für Klärung sorgen. “

SR Thomas Feurer**Stellungnahme**

”Ich nehme gerne wie folgt Stellung, und zwar zuerst zu den halben Wohnungsmieten, welche die Sozialhilfe für diese Leute angeblich übernimmt. Wäre ich Rechtsanwalt, würde ich mich sofort bei Ihnen melden, um mich nach dieser Gemeinde zu erkundigen. Dies ist schlicht und einfach nicht möglich. Wir richten uns nach den SKOS-Richtlinien, die vom Regierungsrat per Dekret jedes Jahr an uns weitergeleitet werden, und zwar gilt dieses Vorgehen flächendeckend in der ganzen Schweiz. Die Sozialhilfe hat sich an diese Vorgaben zu halten. Es besteht selbstverständlich eine Limite, man kann nicht einfach eine Vierzimmerwohnung für Fr. 4'000.-- als Alleinstehender mieten und die Sozialhilfe bezahlt. Gerade in der Stadt sind die Mieten durchschnittlich am Tiefsten, wir sind sehr restriktiv. Die Sozialhilfe bezahlt die volle Miete; es gibt absolut keine Möglichkeit, diese Miete zu kürzen, um die Leute sanft oder unsanft darauf hinzuweisen so schnell wie möglich auszuziehen. Ich glaube, Sie sind jemandem aufgesessen, der sich nicht um die wirklichen Gegebenheiten gekümmert hat.

Zum Thema der Fr. 5.-- Beteiligung der Liegenschaftenverwaltungen: Das sind fast Fr. 10'000.--, welche von Logis Suisse und zwei weiteren Liegenschaftenverwaltungen bezahlt werden. Damit konnten praktisch die gesamten Auslagen, die wir im Birch hatten, gedeckt werden. Es ist ein sehr gutes Modell und hat nie zu Diskussionen geführt. Die Liegenschaftenverwaltungen und auch wir haben davon profitiert; siehe dazu auch in der Rechnung 2006 und 2007, wo die Sozialhilfekosten letztes Jahr um 10% reduziert werden konnten. Im Vergleich zu anderen Städten weist Schaffhausen die tiefsten Fallkosten aus. Ich kann Sie darüber gerne detailliert informieren, wenn Sie sich dafür interessieren. “

Der **Ratspräsident, Thomas Hauser (FDP)**, hält fest, dass die in der Kommission für soziale Belange Einsitz nehmenden Parlamentarier ungefähr alle drei Monate detailliert über diese Zahlen informiert werden.

Josef Eugster (SVP)**Votum**

”Zum Thema Miete und Fürsorge besteht die Möglichkeit festzulegen, wie hoch der Mietzins sein darf. Die Information von anderen Kantonen und Gemeinden stammt von der Wirtschaftsförderung. Ich möchte in keiner Art und Weise die Arbeit der Mitarbeitenden schmälern, aber 2006 - als wir erstmals eine Vorlage bezüglich Quartierarbeit zu beraten hatten - hat man uns die Hoffnung gemacht, es werde dann

bald einmal genügen. Jetzt habe ich allerdings das Gefühl, dass eine gewisse Dynamik ins Spiel kommt, allerdings ohne die Unterstellung machen zu wollen, man suche diese explizit. Es ist einfach so, dass in verschiedenen Quartieren Betätigungsmöglichkeiten gefunden werden können, sofern man sich danach umsieht. Wir stehen unterdessen bei einem Betrag von Fr. 766'000.--. Ich frage mich nun, wo wir nächstes Jahr stehen und wann ein Ende abzusehen ist. "

Urs Tanner (SP)**Votum**

"Der bereits von Alfred Tappolet kritisierte Beitrag von Fr. 5.-- ist wahrlich nicht der Hammer, aber ein Anfang, der Hoffnung nach oben offen lässt. Über die anderen Behauptungen hat Alfred Tappolet leider vorher nicht mit der Juristin in seiner Fraktion diskutiert. Es gibt die Bundesverfassung, die Sozialhilfegesetzgebung sowie die SKOS-Reglemente, auf die der Sozialreferent hingewiesen hat. Es wurde einfach falsch recherchiert; es gibt auch ein Recht auf Wohnung sowie die Niederlassungsfreiheit, egal, ob reich oder arm. Wäre ich Sozialhilfeempfänger - zum Glück war ich noch nie in dieser Situation - würde ich auch nicht nach Lohn ziehen, wo mich jeder kennt. In meiner Praxis habe ich schon Leute vertreten dürfen/müssen, denen von der Stadt gesagt wurde, ihre Wohnung sei zu teuer und sie müssten in einem bestimmten Zeitraum eine billigere finden. Die Stadt vermietet keine Luxuswohnungen am Rhein und bezahlt die Hälfte oder hundert Prozent oder wie auch immer. Bevor gewisse Behauptungen lanciert werden, sollte auch immer eine sorgfältige Recherche stattfinden. "

Iren Eichenberger (OeBS)**Votum**

"Wir sind ebenfalls zwei oder drei Stichworte zum Votum von Josef Eugster eingefallen, und zwar zum von ihm genannten Betrag von Fr. 766'000.--: Diese Summe entspricht - allerdings nicht auf den Franken genau - in etwa der Unterstützung der Stadt an die KSS. Ich kann mich erinnern, dass wir damals darüber diskutierten, ob sie fehl am Platz sei, weil keine Unterschiede gemacht wurden zwischen dem Nutzen für Einheimische und fremde Benützer aus ausserstädtischen Gemeinden. Im vorliegenden Fall kann man jedoch wirklich sagen, es handle sich um eine Investition in die einheimische Bevölkerung. Es ist gut investiertes Geld in die Integration. Die Bewohnerinnen und Bewohner im Birch-Quartier stehen an einem anderen Punkt als vor vielleicht fünf Jahren; dies spürt man vor allem im Bus und in der Schule.

Zum Stichwort Eigendynamik: In der SPK habe ich mich nach dem Gleichgewicht und der Gerechtigkeit erkundigt. Mir sind verschiedene private Projekte bekannt, welche Leute in Quartieren auf eigene Initiative mit ähnlichen Zielsetzungen unternehmen. Es wurde mir versichert, dass *projektbezogen* auch hier Unterstützungen in allerdings äusserst geringen Grenzen (Fr. 2'000.-- bis 3'000.-- für eine konkrete Anschaffung) möglich seien. Wichtig ist einfach, dass die Stadt solche Bestrebungen wahrnimmt, entsprechend schätzt und auch unterstützt. Ich habe nicht Angst, dass demnächst Hemmental vor der Türe steht und auch an der Jugend- und Quartierarbeit teilhaben möchte. "

Erwin Sutter (EDU)**Votum**

"Ich möchte zum Thema Kosten sprechen. Vor rund zwei Jahren habe ich zu dem uns damals vorgestellten Projekt Ja gesagt, auch im Hinblick darauf, dass Fremdplatzierung damit vermieden und langfristig gesehen Kosten eingespart

werden können. Nun stelle ich ernüchtert fest, dass sich das Ganze aufbläst und nächstes Jahr ungefähr eine Viertelmillion Mehrkosten für dieses Projekt auf uns zukommen werden.

Ich bin überzeugt, dass die involvierten Mitarbeitenden gute Arbeit geleistet haben, trotzdem entstehen jetzt Mehrkosten. Auf der anderen Seite ersehe ich aus den abgegebenen Unterlagen, dass auch befristete Stellen vorgesehen sind. Wie bereits von SR Thomas Feurer erwähnt, möchte ich an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen und allen Beteiligten ans Herz legen, auf vermehrtes Übernehmen von Eigenverantwortung zu achten (wie beispielsweise im Birch), und bei den Folgeprojekten Hochstrasse und Geissberg erwarte ich dies ebenfalls. Kostenmässig sollten wir das Maximum erreicht haben und irgendwann einmal muss das Engagement zurückgefahren werden. Ich habe lange mit mir selbst gerungen, ob ich der Vorlage zustimmen soll oder nicht und sage jetzt nochmals Ja; aber ich denke, es sollte das letzte Mal sein. Die Projektgruppe sollte so effizient arbeiten, dass sie sich langfristig selbst überflüssig macht und in den nächsten Jahren ein Kostenabbau stattfinden kann. “

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

Votum

”Einige der abgegebenen Voten veranlassen mich dazu, gewisse Punkte zu klären.

Zum Thema Kosten: Die SPK hat sich sehr intensiv damit auseinander gesetzt. Wir sind uns dessen bewusst, dass der Betrag von Fr. 750'000.-- kein Pappenstiel ist. Aber wir können diesen Punkt auch nicht einfach vom Tisch wischen, vor allem nicht, wenn wir an allfällige Fremdplatzierungen denken. Jugendliche, die in einer geeigneten Institution mit entsprechenden pädagogischen, sozial-pädagogischen und psychotherapeutischen Massnahmen platziert werden müssen kosten bis zu Fr. 200'000.-- im Jahr. Wenn Sie sich dies vor Augen halten und die Tatsache, dass wir mit den vorgeschlagenen Bestrebungen ganze Quartiere wieder auf Kurs bringen können, sind diese Ausgaben ebenso sinn- wie wertvoll.

Die Durchmischung wurde bereits angesprochen; diese entspricht einem gesellschaftlichen Phänomen, das wahrscheinlich auch in der Stadt Schaffhausen - auch wenn wir es nicht gerne sehen - in ganz Europa und der ganzen Welt festzustellen und deren Auswirkungen auch in der Schweiz zu spüren sind. In Quartieren, die von gewissen Bevölkerungsschichten bevorzugt werden, ist es richtig, dass nicht bis zur Eskalation zugewartet und dann reagiert wird, sondern aktiv tätig zu sein. Im Birch haben wir reagiert, in Herblingen und in der Hochstrasse wird agiert.

Das Vorgehen wird sich bezahlt machen, davon bin ich überzeugt. Wie richtigerweise von Urs Tanner erwähnt, besteht die Niederlassungsfreiheit - eine Errungenschaft des modernen liberalen Staates - und wir können niemanden zwingen, seinen Aufenthalt in eine andere Gemeinde zu verlegen. Im Übrigen möchte ich bemerken, dass Kennern der Schaffhauser Landschaft längst bekannt ist, dass auch in Landgemeinden ein erheblicher Zuwachs an Sozialhilfeempfängern erfolgt.

Zum Thema Eigenverantwortung: Gerade dieser Punkt zeichnet das Projekt des Bereiches Soziales aus - wie bereits zuvor in meinen Ausführungen hervorgehoben. Ich wiederhole an dieser Stelle nochmals, dass hier nicht nur präsentiert wird, um zu konsumieren, sondern man wird aktiviert und in die Verantwortung einbezogen, um zu lernen, selbst zu gestalten und miteinander umzugehen, so wie es uns mit

unseren vielleicht sehr heilen Biedermeiervorstellungen - die eben nicht mehr ganz anzutreffen und übrigens auch schon früher nie zugetroffen haben - entsprechen würde.

Ich bin überzeugt, dass das gewählte Vorgehen richtig ist, und ich bitte Sie, den hier bereits eingeleiteten Weg zu unterstützen; selbstverständlich teile ich ebenfalls Ihre Meinung, dass keine überproportionale Kostenentwicklung entstehen darf, sondern es soll gleichsam ein Plafond sein, und zwar mit der Möglichkeit, wieder zurückzuschrauben. SR Feurer hat dies in der Vergangenheit mit seinen Mitarbeitenden bereits ganz klar bewiesen. “

Edgar Zehnder (SVP)**Votum**

”Ich kann das Votum von Iren Eichenberger bezüglich KSS überhaupt nicht verstehen; schliesslich steht die KSS für jedermann offen, für Reiche und Arme, für Eidgenossen, Schweizer und Ausländer. Ich wohne direkt über der KSS und freue mich immer wieder über die lachende und kreischende Kinderschar in dieser Anlage. Ich glaube, dass dies gut investiertes Geld ist. Es sollen keine anderen Vergleiche angestellt werden. Wir haben auch in diesem Rat schon oftmals dagegen gesprochen, dass etwas Gutes mit anderem Gutem oder Schlechtem verglichen wird.

Ich habe noch folgende Frage an den SR: Die Quartierarbeit ist - sofern ich mich richtig erinnere - seit 2002 am Laufen. Warum ist es dann möglich, dass auf Ende Schuljahr ganze Kindergartenklassen aus dem Birch - oder zumindest grosse Teile davon - auf andere umliegende Kindergärten (beispielsweise Lahn, Breite) verteilt werden und nicht eines dieser Kinder Deutsch spricht? Die Kinder behindern anfänglich den Unterricht massiv und verursachen den Kindergärtnerinnen grosse Probleme. Ist dies die angestrebte Integration und Durchmischung, welche wir suchen? Was ist eigentlich seit 2002 gemacht worden? Wir sollten bei den Kleinsten anfangen und ihnen Deutsch lernen und nicht mit den Erwachsenen Café trinken. Ich bitte um eine Antwort des Stadtrates, dass vor allem darauf das Hauptgewicht gelegt wird, zumal sich die Erwachsenen kaum dafür motivieren lassen, Deutsch zu lernen, wohl aber die Kinder. “

SR Urs Hunziker**Stellungnahme**

”Zum Teil der Frage, welcher die Verteilung der Kinder auf die städtischen Kindergärten anbelangt, kann ich folgende Antwort geben: Wir haben seinerzeit anlässlich der Debatte über die Vorlage Kindergarten Hauental auch darüber diskutiert, dass im Grunde genommen im Birch ein einfacher Kindergarten geführt werden könnte, aber dass wir im Sinne einer Integration davon absehen möchten. Die Kinder aus dem Birch-Quartier werden in die umliegenden Kindergärten verteilt.

Was die Deutschkenntnisse anbelangt, werden grosse Anstrengungen unternommen, diesen Kindern während den zwei Kindergartenjahren soviel Deutsch beizubringen, damit sie dem Regelklassenunterricht folgen können; aber unbestrittenermassen bestehen immer noch grosse Defizite. Vielleicht haben Sie vom kürzlich lancierten Projekt der Frühförderung im Kanton Basel Stadt gehört, das genau an diesem Punkt ansetzt. Wir sind zurzeit intensiv daran, uns darüber Gedanken zu machen, ob wir ebenfalls ein Projekt in dieser Richtung lancieren sollen. Wir stellen fest, ohne die fremdsprachigen Kinder stigmatisieren zu wollen, dass der Anteil der Einschulungsklassenkinder in den letzten Jahren markant

zugenommen hat. Ob die Fremdsprachenthematik dabei eine entscheidende Rolle spielt, bleibe dahingestellt. Wir werden dies in Zusammenarbeit mit dem Kanton demnächst überprüfen lassen, um Klarheit zu erhalten, wo wir den Hebel ansetzen müssen.“

SR Thomas Feurer**Stellungnahme**

„Es sind verschiedenen Voten gefallen, zu denen ich wie folgt Stellung nehmen möchte: Von Josef Eugster und Erwin Sutter wurde die Eigendynamik erwähnt. Vielleicht haben Sie gelesen, dass diese Vorlage *Konsolidierung der Quartier- und Jugendarbeit* heisst. Darunter verstehe ich, dass das zurzeit bestehende Paket jetzt fertig geschnürt wird und am Schluss entstehen 700 Stellenprozente, mit denen wir in einer Stadt mit 34'000 Einwohnern alle im Bereich Quartier- und Jugendarbeit anfallenden Arbeiten erledigen müssen. Das ist ein echter Job; es ist nicht so, dass wir eine unverhältnismässige Armee aufgebaut haben, sondern ein Team von 7 Leuten, die zu 100% für das Thema Quartier- und Jugendarbeit zuständig sind. Dazu gehören ebenfalls Brennpunkte wie Alkoholismus und Jugendliche, die jedes Wochenende auf den Gassen der Altstadt unterwegs sind. Wir tun wahrscheinlich gut daran, diese 700 Stellenprozente im Moment auch so bestehen zu lassen.

Bezüglich der von Edgar Zehnder geäusserten Bemerkung des Cafétrinkens mit den Eltern möchte ich bemerken, dass es überhaupt nicht darum geht. Wir wurden von der Steingut Schule mit Hilferufen kontaktiert, die zuerst an den Stadtschulrat und danach zu uns umgeleitet wurden und sahen uns mit genau dieser Problematik konfrontiert. Daraufhin haben wir die Kurse „Mama lernt Deutsch“ eingeführt, wo sich die Eltern beteiligen mussten. Die Lehrerinnen konnten nicht einmal mit diesen Eltern Kontakt aufnehmen, weil dort kein Wort Deutsch gesprochen wird. Das Sozialreferat hat somit auch einen Bildungsauftrag, welcher ursprünglich nicht in unserem Pflichtenheft stand.

Urs Hunziker kann sicher bestätigen, dass es beim Thema der Verteilung grösstenteils um Kinder aus dem Hauental handelte und nicht aus dem Birch-Quartier. Das Hauental ist eines unserer Quartiere, um das wir uns in Zukunft kümmern müssen.“

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**Votum**

„Ich möchte kurz bestätigen, was SR Thomas Feurer bereits gesagt hat. Die geschilderte Situation ist mir aus der Arbeit meines Mannes als Ephorus der Kindergärten im Bereich Spiegelgut und Bocksriet gut bekannt. 95% dieser Kinder können kein Wort Deutsch, haben noch nie eine Schere oder einen Pinsel in der Hand gehabt, wissen nicht, was Basteln, Zeichnen und Malen ist und waren noch nie im Wald und haben noch nie die Natur erlebt. Dies sind Defizite, die unbedingt in diesem Alter behoben werden müssen, weil die grösseren Probleme im Schulalter kommen. Man muss den Kindergärtnerinnen ein Kränzchen winden, die enorme und bewundernswerte Integrationsarbeit leisten und die Kinder innerhalb eines halben oder ganzen Jahres dazu bringen, zumindest ein einigermaßen rudimentäres Schweizerdeutsch zu sprechen und zu verstehen. Daher sind die Deutsch-Kurse für Mütter sehr wichtig. Wenn die Integration wirklich stattfinden soll, müssen auch diese Mütter - und nicht nur die Väter, die im Erwerbsleben stehen - unsere Sprache lernen, damit sie den Integrationsprozess fortsetzen können.“

Der **Ratspräsident, Thomas Hauser (FDP)**, stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde. **EINTRETEN** ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Die **1. Vizepräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, verliest die Seiten 1-5 sowie die Anträge auf Seite 5 und 6 und die Beilagen wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 4. Dezember 2007 zur Weiterentwicklung und Konsolidierung der Quartier- und Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.
2. Der Grosse Stadtrat bewilligt die für die Weiterentwicklung und Konsolidierung der Quartier- und Jugendarbeit benötigten Stellen gemäss Anhang mit total 700 Stellenprozenten. Davon entfallen:
 - 80% auf die Abteilungsleitung
 - 220% auf die Quartierarbeit
 - 400% auf die Jugendarbeit mit ihren Teilprodukten Jugendarbeit, Jugendkaffee und Interventionsgruppe*Kein Gegenantrag, so beschlossen*
3. Der Grosse Stadtrat bewilligt die Aufnahme eines 90%-Pensums im Lohnband 9 zusätzlich zum ordentlichen Stellenplan (in den 700% enthalten).
Kein Gegenantrag, so beschlossen.
4. Der Grosse Stadtrat nimmt davon Kenntnis, dass die notwendigen Kosten für die Quartier- und Jugendarbeit mit Ausnahme des neuen Elementes „Interventionsgruppe“ im Budget 2008 enthalten sind.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.
5. Der Grosse Stadtrat bewilligt die Besoldungskosten für die neuen 50% Stellen in der Interventionsgruppe von Fr. 25'000.-- ab Juli 2008 zu Lasten Finanzstelle 5483.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.
6. Der Grosse Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die Fachhochschule St. Gallen mit der Begleitung des Konsolidierungsprozesses beauftragt wird.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.
7. Die Motion Rolf Amstad „Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen“ wird als erledigt abgeschrieben. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 4. Dezember 2007 mit **38 : 4 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 Postulat Peter Neukomm (SP): Städtische Investitionen in Photovoltaikanlagen**Peter Neukomm (SP)****Votum**

"Ich möchte nichts Inhaltliches zum Postulat anfügen, aber folgende Verweise auf das Ratsprotokoll vom 01.04.08 machen. Zum Votum des FDP-Sprechers Christian Bächtold: *Das Postulat könnte höchstens wünschen, dass die Installation von Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften geprüft wird und bei Eignung Bericht und Antrag zu stellen ist*; zum Votum von Dr. Stamm Hurter (SVP): *Wenn wir das Geld in Bern nicht abholen, werden es andere machen; Schaffhausen würde dann einmal mehr wieder im Abseits und im Regen stehen*.

Der Text meines Postulats entspricht ungefähr dem Wortlaut meiner Ausführungen und Vorschlägen anlässlich der Ratssitzung vom 01.04.08. Ich kann Walter Hotz beruhigen, es ist also ein bekannter Text. Es kommt nichts Neues, wovon man sich überfahren fühlen könnte. "

Marcel Wenger (Stadtpräsident)**Stellungnahme**

"Zu Händen der Materialien und des Geschäftsberichtes können Sie meine Ausführungen als ersten Zwischenbericht des Stadtrates betrachten.

Peter Neukomm lädt den SR ein, dem GrSR Bericht über die Prüfung namhafter Investitionen in städtische Photovoltaikanlagen oder solche der ETAWATT zu erstatten, welche von den bereitgestellten Fördermitteln des Bundes profitieren würden.

In der Vergangenheit haben wir verschiedene parlamentarische Vorstösse zu energetischen Themen behandelt und Motionen überwiesen, welche sowohl die Energie- wie auch die Klimaschutzpolitik betreffen. Den SR hätte es gefreut, wenn dieser Vorstoss interfraktionell getragen worden wäre. Das feurige Votum von Peter Neukomm hat auch gezeigt, dass sich FDP und SVP interfraktionell einig waren. Es ist dem SR wichtig, an dieser Stelle nochmals an seine bisherige politische Stossrichtung zu erinnern:

- Reduktion des Energieverbrauchs
- Effizienzsteigerung durch Wechsel von herkömmlichen zu sparsamen Technologien
- Weiterführung der Förderung der neu erneuerbaren Energie durch eine solare Warmwasservorwärmung oder durch Photovoltaikanlagen

Das bisherige städtische Förderprogramm sah einzig die Unterstützung von energetischen Gebäudeanalysen sowie von alternativen Energieerzeugungsanlagen vor. Zusammen mit der kantonalen Energiefachstelle wurde dieses Förderprogramm vollkommen mit den Zielen aufgrund unserer und auch von Ihrer Seite geäußerten Wünsche neu definiert:

- Stärkung der erneuerbaren Energien
- Schaffung von Anreizen zur Gebäudesanierung
- Einsatz finanzieller Mittel zur Optimierung der Verfahrensabläufe
- Abstimmung der kantonalen und städtischen Energiepolitik

Die Ergebnisse dieser Abklärungen liegen dem SR in Antragsform vor; das neue städtische Förderprogramm dürfte ab Mitte Jahr zur Anwendung kommen und im kommenden Jahr budgetwirksam werden. Wie auf Bundesebene und auch in vielen anderen Kantonen und Städten erwartet der Stadtrat eine Zunahme der Investitionstätigkeit als Folge der Förderprogramme.

Zur Förderung der Photovoltaik:

Der Bund hat ein äusserst kompliziertes und leider weitgehend intransparentes Förderprogramm zur kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) entwickelt. Dieses bleibt aufgrund von Lobbyinteressen ein Flickwerk. Einerseits sind der zur Verfügung stehende Betrag und die maximale Leistung sehr beschränkt, andererseits - und dies ist der Knackpunkt - werden aus Kostengründen Grossanlagen priorisiert. Zudem werden die Anlagen rückwirkend bis 2006 unterstützt, was den Vorwurf, den Zug zu verpassen, etwas entkräftet. Der Zug ist schon lange abgefahren, aber man kann immer noch aufspringen, sofern die Interpretation der Rückwirkung richtig erfolgte.

Der für 2008 vorgesehene Betrag wird vermutlich um ein Vielfaches überzeichnet. Dies bedeutet, dass die kleinen Anlagen mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht von den kostendeckenden Einspeisevergütungen profitieren können. Das Resultat wird aufzeigen, ob die grösseren, die rückwirkend angemeldet werden, Vorrang haben könnten. Aus diesem Grund sieht das neue städtische Förderprogramm vor, wie schon bisher, diejenigen Photovoltaikanlagen zu fördern, welche von den Bundesmitteln nicht profitieren. Es entsteht dadurch eine klare Verbesserung der Situation, und wir werden Ihnen dazu Bericht erstatten.

Die solare Stromgewinnung sollte schon deshalb unterstützt werden, damit die einheimische Industrie nicht abwandert. Deutschland mit einem sehr attraktiven Einspeisegesetz (EEG) gewährleistet Wachstumsraten von jährlich 10 und mehr Prozent. Zugleich werden sowohl in Spanien als auch in Deutschland hohe finanzielle Mittel in die Solarforschung gesteckt, die in der Schweiz bisher leider fehlen. Deshalb äussert Swiss Solar grosse Bedenken, weil die einheimische Solarindustrie zunehmend an Konkurrenzfähigkeit verliert und dem technischen Fortschritt in Europa nachhinkt. Sowohl die solare Stromgewinnung als auch eine ausgezeichnete Gebäudedämmung sind jedoch Voraussetzung für eine 2000-Watt-Gesellschaft, wie die ETH mehrfach erläutert hat und wie dieses Parlament auch mit der überwiesenen Motion vom SR fordert.

Photovoltaikanlagen sind jedoch nicht die einzige solare Energieform, welche die Stadt nutzen kann. Insbesondere dort, wo ein grösserer Warmwasserbedarf vorhanden ist (Schwimmbad, Duschanlagen, Altersheime) macht auch die solare Warmwasservorwärmung ökonomisch und ökologisch Sinn. Auch hier wollen wir eine entsprechende Möglichkeit schaffen.

Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen. Es unterstützt die bisherige städtische zukunftsgerichtete Energiepolitik. Allerdings kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle zukünftigen städtischen Photovoltaikanlagen tatsächlich in Genuss der kostendeckenden Einspeisevergütung kommen und von den Bundesmitteln profitieren können. Hier besteht auf Bundesebene aus meiner Sicht ein dringender Handlungsbedarf. Vielleicht hört dies auch ein aufmerksamer Bundesparlamentarier. “

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**Votum**

"Ich werde gehorsamst melden, was hier gesagt wurde. Es ist sicher unbestritten, dass das Anliegen von Christoph Lenz und Oliver Mank zur vermehrten Nutzung der Photovoltaik in der letzten Ratssitzung hüber und drüber Anhänger gefunden hat und eigentlich daran gescheitert ist, dass das Parlament Angst hatte vor einer zu grossen finanziellen Verpflichtung.

Die gute Idee von Lenz und Mank wurde nun von der SP alleine wieder aufgegriffen und in etwas moderater Form wieder aufgewärmt. Die SVP bedauert sehr, dass nicht wieder der gemeinsame Weg beschritten werden konnte, denn wie eingangs erwähnt, hatte das Postulat auch auf bürgerlicher Seite Befürworter. Leider war die Versuchung des Postulanten, sich vor den Medien alleine mit einem Primeur präsentieren zu können, zu gross, sodass der Alleingang gewählt wurde.

Nun gut, wir von der SVP finden es schade; da wir die Sache in den Vordergrund stellen und vom Nutzen dieses Postulats überzeugt sind, wird die SVP über diesen kleinen Schönheitsfehler mehrheitlich hinwegsehen und das Postulat mehrheitlich unterstützen. "

Christoph Lenz (AL)**Votum**

"Ich möchte meinen Fraktionskollegen zu diesem Postulat gratulieren; es ist eine hervorragende Idee, sie könnte von mir sein. Es ist wichtig, dass dieses Postulat heute überwiesen wird. Wie Sie wissen, läuft seit dem 1. Mai beim Bund die Anmeldefrist, um die Einspeisevergütung zu beantragen. Ich hoffe, dass der SR hier mit Vollgas daran arbeitet und hoffe ebenfalls, dass er das gleiche Verständnis vom Umfang namhafter Investitionen hat und gehe daher von einer siebenstelligen Zahl oder mehr pro Jahr aus. "

Peter Neukomm (SP) dankt für die gute Aufnahme und hält fest, dass er bereits den gleichen Inhalt anlässlich der letzten Ratssitzung beantragt habe. Die Idee sei nicht von ihm, Oliver Mank und Christoph Lenz seien die Vorbereiter. Heute gehe es primär darum, das falsche Signal der letzten Ratssitzung zu korrigieren und dazu bestehe heute durchaus eine Chance.

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat mit **38 : 0 Stimmen** erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3**Postulat Christoph Lenz (AL): Ersetzung der Gaslaternen durch CO2-emissionsarme Beleuchtung****Christoph Lenz (AL)****Begründung**

"Sie haben mein Postulat vom 29. Oktober 2007 bereits eine Weile bei Ihnen in der Schublade, und ich hoffe, dass Sie in der Zwischenzeit meine Begründung gelesen haben.

Es ist eigentlich eine schlanke Sache, die ich fordere, und zwar gemäss Seite 2 die Umstellung auf eine umweltverträgliche Stadtbeleuchtung mit grünem Strom. Ich stelle mir dies mit meinem bescheidenen technischen Wissen einfach vor. Man

könnte gerade mal einem Handgriff zügig geschätzte 40t CO₂ im Jahr einsparen.

Es geht mir nicht darum, diese Gaslaternen zu torpedieren, weil es weder an mir, noch am Stadtrat liegt eine Stadtbildpolizei einzuführen. Es geht einzig und allein um den CO₂-Ausstoss dieser Gaslaternen, welcher in meinen Augen deutlich zu hoch ist; darüber hinaus ist auch noch das Licht schlecht. Die Beleuchtung und die Sicherheit der Stadt sollen verbessert werden. Eine Umstellung der Gaslaternen auf CO₂-emissionsarme Beleuchtung mit grünem Strom wäre sinnvoll. Ich hoffe, dass das Postulat heute Abend eine Mehrheit finden wird. “

Marcel Wenger (Stadtpräsident)

Stellungnahme

”1. Ausgangslage:

Nachdem der Stadtrat bereits anlässlich der Jubiläumsgabe der Cilag AG eine Kleine Anfrage zur Einführung der erdgasbetriebenen Altstadtleuchten rund um den Fronwagplatz zu beantworten hatte, wurde auch zur Erweiterung des Beleuchtungstyps im Rahmen der Sanierung von Kanalisation und Werkleitungen an der Vorgasse eine weitere Kleine Anfrage eingereicht.

Mit dieser am 18. September 2007 beantworteten Anfrage von Grossstadtrat Andres Bächtold hatte der Stadtrat zu Fragen der Effizienz der Gasbeleuchtung Stellung zu nehmen. Im Gefolge der Antworten zur Lichtausbeute, zum jährlichen Gasverbrauch und dem CO₂-Ausstoss wie auch zum Beleuchtungskonzept der Stadt und zu den Installationskosten im Vergleich Gas/Elektrizität wurde wiederum ein parlamentarischer Vorstoss eingereicht, der vom Stadtrat verlangte, die installierten Gaslaternen durch eine CO₂-immissionsarme Beleuchtung zu ersetzen, kaum waren sie installiert.

Da dieser Vorstoss in Motionsform daherkam, waren die Voraussetzungen für eine formelle Behandlung und Überweisung durch den Grossen Stadtrat nicht gegeben. In einem Kurzgutachten der Stadtkanzlei an den Präsidenten des Grossen Stadtrates vom 9. November 2007 wurde festgehalten, dass ein Entscheid über die Art der Beleuchtung bestimmter Plätze oder Strassen nicht unter die in Art. 25 lit. d der Stadtverfassung aufgezählten abschliessenden Befugnisse des Grossen Stadtrates fällt. Ebenso gehört er auch nicht zu den Geschäften, die nach den Art. 10 oder 11 der Stadtverfassung dem obligatorischen oder fakultativen Referendum unterstehen und deshalb in erster Instanz vom Grossen Stadtrat zu behandeln sind. Vielmehr hält das Gutachten fest, dass der Entscheid über die Art der Beleuchtung unter die generelle Vollzugskompetenz des Stadtrates nach Art. 28 Abs. 1 - 4 der Stadtverfassung fällt. Es hält fest, dass die Aufwendungen für die Erneuerung der Gasleitungen und des Strassenoberbaus in der Vorgasse sowie die Installation der Gasleuchten im Budget 2007 enthalten sind und vom Grossen Stadtrat bewilligt wurden. Bereits bei der Einführung der Beleuchtung rund um den Fronwagplatz hatte der Stadtrat öffentlich darauf hingewiesen, dass die Gasleuchten auch im erneuerten Bereich der Vorgasse eingesetzt werden sollten.

Nachdem es an der Zuständigkeit des Grossen Stadtrates für einen parlamentarischen Auftrag mittels Motion fehlte, empfahl das Gutachten der Stadtkanzlei die Interpellation oder das Postulat als richtiges parlamentarisches Instrument. Daraufhin wurde der Vorstoss in ein Postulat umgetauft, welches aber inhaltlich unverändert den Ersatz der Gaslaternen im Bereich Vorgasse – Fronwagplatz durch eine Umrüstung auf konventionelle Strombeleuchtung verlangt und auch gleich noch das Produkt dafür festlegt.

2. Empfehlung des Stadtrates:

Der Stadtrat empfiehlt dem Grossen Stadtrat, das Postulat für nicht erheblich zu erklären oder es in eine Interpellation umzuwandeln. Dies vor allem deshalb, weil der Stadtrat die Umrüstung der eben erst in Betrieb genommenen Leuchten für unverhältnismässig hält. Sie wäre ebenso unverhältnismässig, wie die herbeidiskutierte und nun bereits im dritten parlamentarischen Vorstoss lancierte Debatte, die allmählich seldwylaartige Züge annimmt. Nachdem der Stadtrat bereits anlässlich der Kleinen Anfrage Bächtold klar gemacht hat, dass die Verwendung von Gasleuchten auf den Bereich Fronwagplatz und die sanierte Vordergasse beschränkt werden soll und nachdem der Gasverbrauch dieser Leuchten heute ausnahmslos mit Biogas abgedeckt werden kann, besteht für einen parlamentarischen Auftrag im Sinne des Postulats kein Raum mehr.

Unverhältnismässig erscheint der Vorstoss auch mit Bezug auf den Gesamtausstoss von CO₂ im Verhältnis zum motorisierten Individualverkehr in unserem Kanton. Die rund 20'000 immatrikulierten Fahrzeuge erbringen pro Jahr bei einer durchschnittlichen Fahrleistung von etwa 12'500 km und einem Durchschnittswert von 140 g CO₂/km einen Gesamtausstoss von 35'000 t CO₂/Jahr. Ein Ausstoss von 140 g/km ist dabei sehr zurückhaltend gerechnet. Er gilt für umweltfreundliche Fahrzeuge. Rechnet man den CO₂-Ausstoss, der auf dem Fronwagplatz mit sechsflammiger Ausführung installierten Leuchten pro Jahr und addiert den Jahresausstoss der vierflammigen Ausführung an der Vordergasse dazu, wird ein Jahresausstoss von 34 t CO₂ erreicht. Die 20'000 Fahrzeuge emittieren pro Jahr insgesamt mindestens 35'000 t CO₂. Im Verhältnis dazu reden wir also über einen Anteil von 0,1%, den die Stadt, allerdings wie bereits erwähnt, durch Einspeisung von Biogas in ihr Erdgasnetz kompensiert. Dass der motionierende Postulant auch diese Kompensation nicht akzeptiert und deren Substitution durch elektrische Energie verlangt, erachtet der Stadtrat als unverhältnismässig.

Auch Strom ist aufgrund des über 40% liegenden Anteils von Kernenergie im schweizerischen Stromnetz nicht ganz unproblematisch. Der CO₂-Verbrauch bei Uranabbau, bei der Anreicherung, beim Bau von Kraftwerken, deren Rückbau und der Lagerung der ausgedienten Brennelemente ist bei Anlegen eines strengen Massstabs aufzurechnen. Dies führt dazu, dass auch Strom CO₂ verursacht, auch wenn in der unmittelbaren Energieanwendung kein zusätzlicher CO₂-Ausstoss zu verzeichnen ist. Seit der Liberalisierung des Strommarktes und dem Stromimport auch aus Osteuropa werden Produktionsstrukturen, welche die Umwelt unverhältnismässig belasten, auch von Schweizer Stromkonsumenten mitbenutzt.

Schlussbemerkung:

Der Stadtrat verweist abschliessend noch einmal auf seine Entscheidung, den er gestützt auf das Lichtkonzept für die Stadt Schaffhausen vom 26. Juni 2007 gefällt hat. Nach Abschluss der Umrüstung 2006/07 im Raum Fronwagplatz und sanierte Vordergasse wird der weitere Ersatz des alten Lampentyps ab 2008 in den noch verbleibenden Gebieten der Kernzone Altstadt durch Elektroleuchten erfolgen. Im gesamten Stadtgebiet wird die öffentliche Beleuchtung von Quecksilberdampf- auf Natriumdampf-Hochdrucklampen umgestellt, wobei Ausnahmen im Altstadtbereich möglich sind. Ebenso soll bis Ende 2008 ein beschleunigter Ersatz der Kugelleuchten stattfinden. Durch eine Drosselung der Lampenleistung zwischen 24.00 bis 06.00 Uhr sowie durch ein neues Lichtmanagement mit einheitlichen Ein- und Ausschaltzeiten in den Versorgungsgebieten EWS und EKS sowie weitere Massnahmen soll der Energieverbrauch auf dem gesamten Stadtgebiet in der öffentlichen Beleuchtung gesenkt werden. Es sollen auch Verbesserungen beim

Lichtsmog erzielt werden (ausführliche Verweise auf das Lichtkonzept, siehe Seite 3 der Beantwortung der Kleinen Anfrage Nr. 11/2007 von Grossstadtrat Andres Bächtold). „

Nihat Tektas (JFDP)**FDP/jfsh-Fraktionserklärung**

„Angesichts der fortgeschrittenen Zeit und den bisherigen doch ziemlich klaren Statements meiner Vorredner werde ich nur kurz ausführen, weshalb die FDP/jfsh-Fraktion gegen dieses Postulat stimmen wird.

Ich habe mir gestern die Mühe genommen und von zuhause aus die Laternen, um die es hier geht, gezählt und gerechnet. 12 Laternen auf dem Fronwagplatz und 12 an der Vorgasse. Ausgehend von den Zahlen, die der Stadtrat in der Kleinen Anfrage von Andres Bächtold genannt hat, bin ich zu folgendem Resultat gekommen:

Diese 24 Laternen produzieren in einem Jahr zusammen 29,436 Tonnen CO₂. Oder durchschnittlich 1,22 Tonne CO₂ pro Laterne pro Jahr. Das entspricht 3,34 kg CO₂ pro Tag oder 80 kg für alle 24 Laternen.

Nun, was macht man mit diesen Zahlen? Man kann sie wie Christoph Lenz ein wenig aufpimpen, wie man heute so schön sagt, in eine Motion packen, mit Schlagwörtern wie „unvertretbar“ oder „grotesk“ verzieren und aufs Politparkett bringen. Eine Erwähnung in den Medien ist damit gewährleistet. Mittlerweile wurde aus der Motion ein Postulat, der Inhalt ist derselbe.

Wie unvertretbar oder gar grotesk, um die Worte des Postulanten zu benutzen, sind aber diese Laternen? Dazu braucht es in erster Linie Vergleichsgrössen.

Ich gebe Ihnen zwei Beispiele, die zeigen sollen, ob wir wirklich von CO₂-Schleudern reden und überlasse Ihnen die Wertung.

1. Beispiel, gestützt auf diesen aus Deutschland stammenden Leitfaden:

Ich nehme aus einer Liste von verschiedenen Fahrzeugen zufällig einen Alfa Romeo, Modell Alfa 159, 2,2 Liter. Dieses Fahrzeug produziert pro Kilometer 221g CO₂. Wenn ich damit von Schaffhausen nach Thayngen fahre, habe ich in etwa dieselbe Menge an CO₂ produziert, wie unsere CO₂-Schleuder hier, nämlich fast drei Kilo CO₂. Das sind die Dimensionen, in denen wir uns bewegen. Eine Autofahrt eines Einzelnen nach Thayngen, darüber diskutieren wir heute Abend.

Ich habe aber noch ein zweites Beispiel versprochen und habe gestern im Internet mit einem CO₂-Rechner meine privaten Emissionen berechnet. Dieser umfasst die Bereiche Ernährung (was esse ich zu welcher Jahreszeit), Mobilität (wie oft fahre ich mit was wohin) und Wohnen (wie heize und wasche ich). Ich kam auf gut 8 Tonnen CO₂ pro Jahr. Dabei lag ich noch unter dem Durchschnitt aller bisherigen Teilnehmer. Diese 8 Tonnen ergeben auf einen Tag gerechnet rund 22 kg CO₂. Das heisst mit anderen Worten: Ich selbst produziere pro Tag soviel CO₂ wie sieben solcher Gaslaternen. Wenn es nicht um mich persönlich gehen würde, würde ich Sie jetzt fragen: Wer ist hier nun die CO₂-Schleuder? Aber lassen wir das.

Wie gesagt, ich habe Ihnen zwei Beispiele aufzeigen wollen, damit Sie sehen, über welche Ausmasse, sprich Dimensionen, wir hier heute Abend diskutieren. Die Wertung sei Ihnen überlassen. Die Wertung der FDP/jfsh-Fraktion ist klar: Ein Umbau der fix installierten Gaslaternen wäre ein Verhältnisblödsinn, zumal die

Umrüstung selbst wieder einen Mehrausstoss von CO₂ nach sich ziehen würde. Ich denke an die täglichen Hin- und Rücktransporte der Mitarbeiter des Tiefbauamtes, der Gas- und Elektrizitätswerke und der Einsatz der zahlreichen Maschinen. Schliesslich gilt es zu berücksichtigen, dass die aufgezeigte Alternative, nämlich die Laternen mit Strom zu versorgen, selbst mit Clean solution zwar CO₂-arm, aber nicht CO₂-frei wäre.

Ganz klar, die sauberste Variante wäre die Laternen ganz abzuschrauben und keinen Ersatz vorzusehen. Aber was werden dann unsere neuen Videokameras in der Stadt aufzeichnen können?

Ich schliesse wie folgt: Wenn es in der Klimapolitik „fünf vor zwölf“ ist, dann ist es umso wichtiger unsere Kräfte oder - hier eher zutreffend - unsere Energie für die Beseitigung der wirklich grossen und üblen CO₂-Schleudern zu sparen. “

Lotti Winzeler (OeBS)

Votum

„Ich gebe keine Fraktionserklärung, sondern meine persönliche Meinung ab. Dannzumal habe ich das Postulat unterschrieben, damals war es noch eine Motion. Es ist mir egal, ob das Beleuchtungskonzept im Kompetenzbereich des Stadtrates liegt oder ob der GrSR auch noch mitdiskutieren will.“

Ich bekunde Mühe damit, wenn Vergleiche zwischen motorisierten Fahrzeugen und Gaslaternen angestellt werden; man sollte immer dort, wo möglich, die Energie zum Einsatz bringen, welche am wenigsten Emissionen verursacht und somit die ökologisch optimalsten Lösungen anstreben. Ich werte den Klimaschutz höher als das spezielle Ambiente in der Altstadt und stimme aus diesem Grund dem Postulat zu. “

Alfred Tappolet (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

„Ich finde es fast nicht der Energie wert, an das Rednerpult zu treten und über das Postulat zu sprechen. Ich gebe Christoph Lenz einen Tipp für einen neuen Vorstoss, Sie könnten das Gas eines Gasfeuerzeuges einsparen, wenn Sie den Glimmstängel im gestarteten Auto am elektrischen Zigarettenanzünder in Betrieb nehmen würden. Genauso nichts sagend ist eben das Abschalten oder Ersetzen der Gaslaternen; es kommt sehr darauf an, welche Vergleiche angestellt werden, und diese Vergleiche, die wir hier gehört haben, stimmen. Wir lassen die Gaslaternen gerne weiter brennen und sparen an einem effizienteren und sinnvolleren Ort. Wir von der SVP unterstützen selbstverständlich das Postulat nicht. “

Christoph Lenz (AL)

Votum

„Alfred Tappolet hat etwas Richtiges gesagt, es kommt auf das Verhältnis an. Gemessen am gesamten Verkehrsaufkommen im Kanton Schaffhausen ist es tatsächlich eine geringe Menge, über die wir reden; gemessen am Licht, das die Sonne erzeugt, ist das Licht der Lampen relativ gering.“

Wir können aber gerne über die Grundsätze diskutieren. Ich finde es höchst fragwürdig, dass bei der Installation einer neuen Beleuchtung in Teilen der Altstadt zum heutigen Zeitpunkt, wo man doch heute über die Klimakatastrophe und die Beschleunigung der Erderwärmung durch CO₂ informiert ist, nicht auf eine grünere Variante als den Betrieb durch Gas zurückgegriffen wird. Bis anhin wurde mir das Warum nicht erklärt; es wurde mir lediglich vor Augen geführt, warum die aktuelle

Diskussion unerheblich ist.

Ich fordere vom SR die Umstellung auf eine grünere Variante und erwarte dies auch in Zukunft, wenn es um den Ersatz einer bestehenden Infrastruktur geht. Dann soll die ökologisch sinnvollste Variante und nicht diejenige, die noch den zusätzlichen Nutzen einer - zusätzlichen - Atmosphäre erzeugt, zum Zug kommen. Ich bezweifle, dass die ästhetische Atmosphäre in der Altstadt stark beeinträchtigt würde, wenn das Flämmchen durch ein kleines Glühbirnchen ersetzt wird. “

Marcel Wenger (Stadtpräsident)

Stellungnahme

”Ich möchte Christoph Lenz in diesem Punkt durchaus Recht geben. Es ist so, dass jeder Entscheid, der CO2 steigernd wirkt, unser Klima belastet. Bitte beachten Sie, dass wir aus dieser Situation gelernt haben und die Gelegenheit benutzt haben, um Biogas einzuspeisen, das aus einer CO2-neutralen Herstellung stammt. Wir können und wollen nicht die ganze Stadt beleuchten. Wir haben uns CO2-sensibler verhalten, wie man es uns in der ursprünglichen Motion vorgeworfen hat. Biogas ist ein klimaneutral hergestellter Energiewertstoff, der leider nicht ad libitum zur Verfügung steht. “

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat vom 29. Oktober 2007 mit **22 : 14 Stimmen** nicht erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 4

Interpellation Walter Hotz (FDP): Massnahmen und zukünftige Wirtschaftspolitik der Stadt Schaffhausen nach Wegfall Lex Bonny (Bonny-Beschluss)

Walter Hotz (FDP)

Begründung

”In wenigen Wochen werden wir gebannt die Fussball-Europameisterschaft verfolgen. Aber es gibt noch einen viel wichtigeren Wettbewerb für den Kanton Schaffhausen, und insbesondere für unsere Stadt, ein Wettbewerb, der uns langfristiger und grundlegender als der Erfolg oder Misserfolg von Köbis Mannen beschäftigen wird. Es geht um den Kampf bessere Voraussetzung als in konkurrierenden Regionen zu schaffen und dass sich Unternehmen und Private bei uns wohl fühlen.

Was heisst das? Die städtische Wirtschaftspolitik muss grundsätzlich zum Ziel haben, eine langfristige Sicherung von Wohlfahrt, Lebensqualität und angemessenen Wohlstand der Bevölkerung zu gewährleisten. Dabei sind die bewährten Grundsätze der freien, sozialen und ökologischen Marktwirtschaft zu berücksichtigen. Ausschlaggebend für gute Wirtschaftsergebnisse in unserer Stadt sollten sein: Standortqualität und günstige Branchenstruktur. Hinter den vom Kanton gemeldeten und von der Stadt zu erwartenden guten Wirtschaftsergebnissen (die sich in jüngster Zeit auch in abnehmenden Zahlen bei den Stellensuchenden, den Arbeitslosen, den Langzeitarbeitslosen und den Ausgesteuerten bei gleichzeitigem Anstieg der Zahl der offenen Stellen manifestieren) verbergen sich jedoch auch neue ungewisse Entwicklungen wie rückläufige Beschäftigungszahlen pro Betrieb bei steigender Produktivität als Folge von Firmenzusammenschlüssen und Restrukturierungen. Die

wirtschaftliche Entwicklung ist gerade im heutigen Umfeld unsicher, dies hat die Beantwortung der Interpellation von Grossstadtrat Edgar Zehnder „Aufgaben und Nutzen der städtischen Wirtschaftsförderung“ gezeigt: Die Stadt muss in Sachen wirtschaftspolitischer Massnahmen mehr als nur einen Zahn zulegen.

Mit dem Wegfall des Bonny-Beschlusses, der uns als wirtschaftliche Entwicklungsregion eingestuft hat und uns ermöglichte, attraktivere Bedingungen als in den angrenzenden Regionen anzubieten, fällt ein wichtiges Argument für unseren Kanton und damit auch für unsere Stadt im Standortwettbewerb weg.

Wie wollen wir reagieren? Gibt es bereits Strategien, um diese Nachteile, die so sicher auf uns zukommen, wie das Amen in der Kirche, auszugleichen? Darauf zielt meine Interpellation. Wir dürfen nicht erst reagieren, wenn die Probleme schon da sind. Wir sollten die Herausforderungen antizipieren und Gegenmassnahmen vorbereiten. Ich bin gespannt auf die Ausführungen des Stadtrates, inwiefern dies bereits geschieht. “

Marcel Wenger (Stadtpräsident)

Stellungnahme

”Mit seiner Interpellation erkundigt sich Grossstadtrat Walter Hotz nach den Massnahmen und der zukünftigen Wirtschaftspolitik der Stadt Schaffhausen, wenn die Lex Bonny, das heisst die bundesrechtliche Möglichkeit zur Gewährung von Steuererleichterungen der direkten Bundessteuer nach der Übergangsperiode von drei Jahren von nunmehr 50% auf 0% reduziert wird. In seiner Begründung führt der Interpellant insbesondere an, dass die städtische Wirtschaftspolitik auch in Zukunft die langfristige Sicherung von Wohlfahrt, Lebensqualität und angemessenem Wohlstand für die Bevölkerung zum Ziel haben muss. Dies sind indessen nicht nur Ziele der Stadt, sondern auch des Kantons und des Bundes. Und sie sind nicht nur Ziele der öffentlichen Hand, sondern letztlich gesamtgesellschaftliche.

Der Stadtrat geht mit Walter Hotz darin einig, dass der Staat im Rahmen einer freien, sozialen und nach ökologischen Gesichtspunkten verfassten Rahmengesetzgebung die bewährten Grundsätze der Marktwirtschaft für die Erreichung dieser Ziele nutzen sollte.

Bei den zur Zielerreichung notwendigen politischen Rezepten allerdings könnte in den drei kommenden Jahren durchaus die eine oder andere Differenz zwischen den Ansichten des Stadtrates und denjenigen der verschiedenen politischen Gruppierungen im Grossen Stadtrat zu Tage treten. Im dritten Abschnitt der den Fragen der Interpellation vorangestellten Begründung zeigt der Interpellant selber auf, dass zwischen steuerlichen Rahmenbedingungen und attraktiven Dienstleistungen, breitem Bildungsangebot, gutem Verkehrsnetz, vielseitiger Kultur und funktionierender Sicherheit ein erhebliches Spannungspotenzial besteht. Dieses zu überbrücken ist in Zeiten steigender Steuereinnahmen wesentlich leichter als in wirtschaftlich angespannten Verhältnissen.

Und es deutet einiges darauf hin, dass die Abkürzung der Konjunkturzyklen bald wieder einmal für wirtschaftlich angespanntere Zeiten sorgen wird. In dieser Situation erachtet der Stadtrat es als wichtig, wenn grössere Ausfälle sowohl bei der Einnahmenseite wie auch massive Steigerungen bei der Ausgabenseite vermieden werden. Nachdem dieser Stadtrat die Steuerbelastung von insgesamt 112 Punkten zusammen mit dem kantonalen Steuerfussabtausch auf nunmehr 98 Punkte gesenkt hat und die vom Kanton ins Auge gefasste Steuergesetzrevision 2008 die Stadt

weitere 5 bis 6 Mio. Franken kosten wird, erachtet der Stadtrat die Steuerproduktivität als spürbar herabgesetzt. Weitere Spielräume für steuerliche Entlastungen sind aus heutiger Sicht schwierig zu realisieren, insbesondere wenn die übrigen von Walter Hotz zu Recht genannten Qualitätsziele nicht gefährdet werden sollen. Investitionen in die Sportinfrastruktur, die Altersheime, die Schulraumplanung, die Vorinvestitionen zur Aufwertung der städtebaulichen Potenziale, die Verkehrsinfrastruktur und die Rheinufergestaltung sind nur einige Stichworte. Daneben sind auch Reparaturkosten für gesellschaftliche Fehlentwicklungen in den kommenden Jahren zu berappen, man denke an die mangelnde gesellschaftliche Integration problembelasteter Jugendlicher. Dazu kommt aber auch die Nutzung gesellschaftlicher Potenziale wie die immer wieder geforderte flächendeckende Einführung von Tagesschulen, Krippen oder die wachsenden Aufgaben der Seniorenpflege und -betreuung.

Nach der Reduktion der Unternehmenssteuer von 24% auf 16% und den mittlerweile starken Währungsdisparitäten zwischen dem Euro- und dem Dollarraum werden in den kommenden Jahren die Wachstumsimpulse bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen eher verhalten ausfallen. Nimmt man dazu die geplante Steuerentlastung bei den natürlichen Personen, die im Wahljahr 2008 mit Sicherheit beschlossen werden, wird sich vor allem für die Stadt Schaffhausen das strukturelle Ungleichgewicht zwischen den Forderungen nach Qualität und Leistung der öffentlichen Hand einerseits und den Steuereinnahmen andererseits verstärken.

Mit anderen Worten: Der Stadtrat erachtet seine Möglichkeiten, eine attraktive wirtschaftsfreundliche Stadt zu betreiben, nicht erst durch den definitiven Wegfall des Bonny-Beschlusses als eingeschränkt. Die Stadt Schaffhausen wird sich, je nach Entwicklung der Konjunktur, mehr oder weniger stark im Würgegriff zwischen finanzieller Leistungsfähigkeit und materiellen Wünschen befinden. Sich daraus zu befreien, ist deshalb mindestens so sehr Aufgabe des Grossen Stadtrates, der auf Grund seiner Budgethoheit letztlich die Basis für die künftige Kostenentwicklung und das Einnahmeprofil der Stadt legt.

Zu Frage 1.:

"Welche Vorteile des 'Bonny-Beschluss' fallen für die Stadt Schaffhausen weg?"

Der Bonny-Beschluss wurde für den Kanton Schaffhausen, beziehungsweise Teile davon und dabei die Stadt in reduzierter Form, um drei Jahre bis Ende 2010 verlängert. Das war ein nicht ganz zufälliger Glücksfall, sondern weil sich unsere eidgenössischen Parlamentarier tüchtig ins Zeug gelegt haben, wofür ich ihnen herzlich danke.

Nachdem diese Vergünstigung weder für die Kantone Zürich, Thurgau, St. Gallen und Aargau gilt, besteht für Neuzuzüger in einem geografisch nahe bei Zürich gelegenen Raum weiterhin die Möglichkeit, unter gewissen Bedingungen (Arbeitsplätze, Investitionen) eine Reduktion der Bundessteuer bis 50% zu erwirken. Dies gilt es bis 2010 so gut wie möglich auszunutzen. Hohe Priorität ist dabei den baulichen Infrastrukturen beizumessen, damit Firmen ihre Domizile möglichst rasch beziehen können. Projekte wie Bleiche, Mühlental sowie industrielle Ansiedlungsprojekte sind deswegen mit aller Kraft voranzutreiben. Ab 2010 fällt die Bundessteuererleichterung für Neuansiedlungen weg, hingegen bleiben kantonale und kommunale Möglichkeiten der Steuererleichterung.

Zu Frage 2.:

"Wird es für die Stadt Schaffhausen nach Wegfall des Bonny-Beschluss schwieriger,

weiterhin optimale Rahmenbedingungen für Neuansiedlungen zu schaffen?"

Nach Einschätzung der Wirtschaftsförderung wird ab 2010 ein Alleinstellungsmerkmal fehlen, wenn der Bonny-Beschluss definitiv aufgehoben wird. Indessen gilt es, die Reduktion der Unternehmenssteuer von 24% auf 16% (Platz 5 in der Schweiz) zu nutzen und günstige Infrastrukturkosten beizubehalten. Leider ist die Aufhebung des Bonny-Beschlusses nicht kongruent mit der Einführung des Halbstundentaktes nach Zürich erfolgt, was eigentlich die wichtigsten Wachstumsprobleme Schaffhausens gelöst hätte.

Zu Frage 3.:

"Wenn ja: gibt es schon Überlegungen, wie dies ausgeglichen werden kann?"

Ab 2010 muss in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung des Kantons Schaffhausen eine Neupositionierung ins Auge gefasst werden. Dabei wird auf Grund bereits stattgefundener Analysen eine Verstärkung des Wohnortmarketings, aber auch die bereits erwähnte günstige Infrastruktur (Land- und Gebäudekosten) sowie die Beibehaltung eines günstigen Unternehmenssteuersatzes eine wichtige Rolle spielen.

Zu Frage 4.:

"Hat der Stadtrat genug Handlungsspielraum, die ihm eine effiziente kundengerechte Wirtschaftsförderung in der Stadt Schaffhausen ermöglicht?"

Aus heutiger Sicht verfügt der Stadtrat mit den Instrumenten des 12-Millionen-Rahmenkredits für Land- und Liegenschaftenerwerb, dem Baurecht und den geplanten Potenzialaufwertungen genügend Handlungsspielraum, Schaffhausen erfolgreich im Markt der Wirtschaftsförderung zu positionieren. Anders würde sich dies verhalten, wenn konjunkturell grössere Einnahmenverluste sowohl bei juristischen wie bei natürlichen Personen auf die reduzierte Steuerproduktivität treffen würden. Ebenso würde eine unreflektierte, an der Forderungsmentalität orientierte Projekt- und Ausgabenpolitik des Grossen Stadtrates oder eines künftigen Stadtrates den Spielraum massiv einengen.

Zu Frage 5.:

"Sind in Zukunft Massnahmen – zusammen mit den Verantwortlichen des Kantons – vorgesehen, um auch alteingesessenen Unternehmen in der Stadt Schaffhausen bessere Bedingungen zu verschaffen?"

Mit der Herabsetzung der Unternehmenssteuer und der Unterstützung von Expansionsprojekten nach den Möglichkeiten, die sich der Stadt bieten, wurden auch für bestehende Firmen bessere Bedingungen geschaffen. Ich erinnere an die doch nicht einfache Expansion der Firma IWC in der südlichen Altstadt am Rheinufer. Weitere Attraktivierungen, insbesondere im öffentlichen Verkehr, werden auf Grund verbesserter gemeinwirtschaftlicher Leistungen auch alteingesessenen Firmen zu Gute kommen. Von besonderer Bedeutung werden aber die Umsetzung der Massnahmen zur Potenzialaufwertung des Liegenschaftensbestandes der Stadt Schaffhausen sein, weil sie ein hohes Investitionsvolumen auslösen werden, das sich langfristig selber finanziert. Sie haben im Schlussbericht von PASS zur Kenntnis vom Mechanismus dieses Projektes nehmen können. Damit verbunden sein wird auch eine spürbare Qualitätsverbesserung in der Sport- und Wohninfrastruktur. Das Projekt PASS ist ein zukunftsweisendes Konzept, wie die Stadt Schaffhausen auf schwierigere Verhältnisse im Wirtschaftsumfeld reagieren soll. Es liegt nicht nur an Ihnen - aber auch an Ihnen, an uns und an der gesamten Stadt Schaffhausen - das Projekt PASS wirklich zum Erfolg zu bringen. Ich bin meinem Kollegen im Stadtrat, insbesondere Baureferent Peter Käßler dankbar, dass wir eine gute leistungsfähige Infrastruktur in der Schule haben und auch über ein Sozialwesen verfügen, wo die

Leute bei Arbeitslosigkeit schneller wieder zu Arbeit und Brot wie in anderen Kantonen kommen.

Mit dem Geschäft Nr. 1 auf der Traktandenliste haben wir eine wichtige Voraussetzung im sozialen Bereich geschaffen. Woher sollen die Arbeitskräfte herkommen, welche die nächste Konjunktur bewältigen? Nicht nur aus der Binnenproduktion, wir sind auf eine gewisse gut integrierte und abgestützte Zuwanderung angewiesen. Dazu stehe ich ganz offen, wir werden über die Frage des Umganges immer wieder diskutieren und uns diese Frage immer wieder neu stellen müssen. Für uns ist es ebenso wichtig, das vorhandene Potenzial bei der Frauenarbeit auszuschöpfen; wenn wir eine gute Krippeninfrastruktur haben und ermöglichen können, dass Frauen mit guter Ausbildung wieder arbeiten und Steuern zahlen können, finanziert sich das ganze System selber. Wir müssen den Mut haben richtig und gut zu investieren und Investitionen zu tätigen, die einen Gewinnreturn mit sich bringen und dann braucht niemand Angst zu haben. “

Walter Hotz (FDP)

Schlusswort

”Wirtschaftspolitik ist eine trockene Materie, die Redaktorin der Arbeiterzeitung ist schon nach Hause gegangen. Ich danke dem SR für die Beantwortung meiner Interpellation. Es ist mir ein grosses Anliegen, weil die Erhaltung der Standortqualität von Schaffhausen sehr wichtig ist.

Eine florierende Wirtschaft ist die Basis von so ziemlich allem, die Basis der Entfaltungsmöglichkeiten, von Wohlstand und besten Sozialleistungen. Das sehen wir in der Rechnung 2007 mit rückläufigen Sozialkosten, was einzig und allein auf die gute Wirtschaftslage zurückzuführen ist.

Die Stadt muss Rahmenbedingungen anbieten, welche Unternehmertum attraktiv belassen, Investitionen interessant machen und Wachstum begünstigen. Gerade bei den Photovoltaikanlagen habe ich vermisst, dass die Stadt sich Gedanken macht, dass auch die Forschung und nicht nur Anlagen unterstützt werden müssten.

Standortqualität ist eine relative Grösse. Sie muss ständig neu überprüft werden. Hier denke ich vor allem an:

- Umsetzung einer stabilitäts- und wachstumsfreundlichen Finanzpolitik. Dazu gehören eine langfristige tragbare moderate Verschuldung und eine tiefe Staatsquote zur Sicherung der Freiräume der Wirtschaft und einer tiefen Steuerquote zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit. Dieser Punkt ist zentral, wir sollten ihn nie aus den Augen verlieren.
- Abbau des Vorschriftenkorsetts und Stopp der Regulierungswut
- Schaffung eines technologie- und innovationsfreundlichen Klimas und Verhinderung innovationsfeindlichen Regulierungen
- Einsatz von liberalen Wirtschaftsregeln
- Ständige Überwachung der Sozialwerke in der Weise, dass sie den Leistungswillen nicht hemmen und das Wachstum durch Überlastung der Wirtschaft nicht abwürgen. Ich appelliere an verschiedene Organisationen, die die Wirtschaft kritisieren und nachher wollen, dass sie Unterstützung bekommen.

Das alles verlangt vom Stadtrat und von uns allen als Volksvertreter

Durchstehvermögen, Mut zur Unpopularität und Knochenarbeit. Dies ist der Preis des künftigen Wohlstandes.

Fazit:

Ich glaube, dass unsere Stadt die Kompetenz und die Kraft hat, die kommenden Herausforderungen zu bewältigen. Die Ausgangslage ist im Moment noch gut. Wichtig ist, dass der Stadtrat sich auf seine Kernkompetenzen besinnt.

Die Frage ist nicht, dass wir nicht wüssten, was zu tun wäre. Die Frage ist, dass wir es tun. “

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSWORT DES RATSPRÄSIDENTEN

Zusammensetzung der SPK Preismassnahmen 2009 im Tarifverbund Schaffhausen und bei den Verkehrsbetrieben Schaffhausen:

OeBS/EVP: Dr. Paul Bösch (einladende Fraktion)

SP/AL: Urs Fürer, Michael Gurrath, Christoph Schlatter

FDP/fjsh: Martin Egger, Dr. Raphaël Rohner

SVP/JSVP/EDU: Dr. Cornelia Stamm Hurter, Werner Schöni, Ernst Spengler

Erste Sitzung: 23.06.08, 17.00 Uhr

Am 13.05.07, 19.30 Uhr, findet im Kronenhof eine kontradiktorische Podiumsdiskussion zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 1. Juni 2008 zum Verfassungsartikel zur Krankenversicherung statt.

Unter der Leitung von Wälz Studer, Chefredaktor von Radio Munot, diskutieren Pro-Referentin Ständerätin Erika Forster (St. Gallen) und eine Vertretung des Krankenkassenverbandes Santé Suisse sowie Kontra-Referentin Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf, Gesundheitsdirektorin von Schaffhausen und Kontra-Referent Dr. med. Gerhard Schilling, Präsident der Vereinigung Hausarztmedizin Schaffhausen.

Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 20. Mai 2008, 17.00 Uhr, statt.

Der **Ratspräsident, Thomas Hauser (FDP)**, beendet die Sitzung um 19:43 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt